BUNDESKANZLER
WILLY BRANDT STIFTUNG

Ulrich Schöler

Gegen Ebert, für Luxemburg?
Willy Brandts Urteil über die Novemberrevolution

Vortrag gehalten am 16. Januar 2019 im Forum Willy Brandt Berlin

Schriftenreihe
Heft 34

HERAUSGEBERIN
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts

Der Vorstand
Prof. Dr. Ulrich Schöler
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Paula Lutum-Lenger

REDAKTION
Dr. Wolfram Hoppenstedt
Malte Mau M.A.

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung wird aus dem Bundeshaushalt finanziert und unterliegt der Rechtsaufsicht der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

Hauptgeschäftsstelle
Wilhelmstraße 43
D-10117 Berlin
www.willy-brandt.de

Willy-Brandt-Haus Lübeck
Königstraße 21
D-23552 Lübeck

GESTALTUNG
Pralle Sonne, Berlin

REALISATION UND DRUCK
WIRmachenDRUCK GmbH

© Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d. ö. R.
Printed in Germany 2019
ISSN 1434-6176
ISBN 978-3-933090-33-1

Ulrich Schöler

Gegen Ebert, für Luxemburg?
Willy Brandts Urteil über die Novemberrevolution

Vortrag gehalten am 16. Januar 2019
im Forum Willy Brandt Berlin

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 34

Prof. Dr. Ulrich Schöler, geboren 1953, Ministerialdirektor a. D., Jurist und Politikwissenschaftler, em. Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, bis Januar 2019 Leiter der Abteilung „Wissenschaft und Außenbeziehungen“ im Deutschen Bundestag und dessen stellvertretender Direktor, ehem. Sekretär der Grundwerte- und der Historischen Kommission der SPD, Veröffentlichungen zur Ideengeschichte sozialer Bewegungen.

Ulrich Schöler ist seit Oktober 2015 Vorstandsvorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung.

INHALT

Willy Brandt –
Stationen seines Lebens **6**

Vorwort **9**

Prof. Dr. Ulrich Schöler **13**
Gegen Ebert, für Luxemburg?
Willy Brandts Urteil über die Novemberrevolution

QUELLENANHANG

Die Lehren aus einer verfehlten Revolution **34**
Artikel von Willy Brandt am 9. November 1978 im „Vorwärts“
zum 60. Jahrestag des Beginns der deutschen Revolution 1918/19

Trauerrede für Rosi Wolfstein-Frölich **40**
Gehalten von Willy Brandt am 12. Januar 1988 im DGB-Haus
in Frankfurt am Main

Rosa Luxemburg: Sieben Jahrzehnte nach ihrem Tod **46**
Vortrag von Willy Brandt am 19. April 1988 im Süddeutschen
Rundfunk im Rahmen einer Sendereihe „Porträts zur deutsch-
jüdischen Geistesgeschichte“

WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933–1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945–1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949–1957, 1961	Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag
1950–1971	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955–1957	Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
1957–1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964–1987	Vorsitzender der SPD
1966–1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969–1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969–1974	Bundeskanzler

1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976–1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977–1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979–1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987–1992	Ehrenvorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

VORWORT

Mit der Jahreswende 2018/19 war unweigerlich das hundertjährige Gedenken an den Auftakt zur ersten deutschen Demokratie, an die den Übergang zur Weimarer Republik einleitende sog. Novemberrevolution verknüpft. Schon 2018 war eine ganze Reihe interessanter Neuerscheinungen präsentiert worden, die den Forschungsstand neu sichteten und vor allem einen vorsichtigen Abschied von einer allzu engen Verknüpfung der Ereignisse 1918/19 mit dem letztendlichen Scheitern dieser Republik 1933 vornahmen.

Anlass genug für die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, in einer eigenen Veranstaltung im Januar 2019 der Frage nachzugehen, in welcher Weise sich der Namensgeber unserer Stiftung im Verlaufe seines Lebens politisch wie publizistisch mit diesem Thema auseinandergesetzt hat. Eingeleitet durch den hier abgedruckten Vortrag wurden Brandts Einschätzungen unter der moderierenden Leitung von Dr. Bernd Rother anschließend von den Professoren Peter Brandt, Alexander Gallus und mir selbst gewogen und beleuchtet.

Der Stiftung ist mit der Vorlage dieser Publikation daran gelegen, Brandts durchaus originelle Positionsbestimmung, gewissermaßen zwischen den Antipoden Friedrich Ebert und Rosa Luxemburg, auch einem breiteren Publikum nahezubringen. Dem dient nicht nur der Abdruck meines Vortragsmanuskripts, sondern auch der dokumentarische Anhang, mit dem Willy Brandt nochmals auf authentische Weise zu uns spricht und der Leserin bzw. dem Leser die Möglichkeit geboten wird, die präsentierte Interpretation „am Original“ zu überprüfen.

Gelegentlich kann in einem solchen Fall die Verzögerung in der Drucklegung einer derartigen Publikation auch ihr Gutes haben. Auf einer gemeinsamen Tagung von Friedrich-Ebert- und Rosa-Luxemburg-Stiftung lernte ich Riccardo Altieri kennen, der zur Zeit in Potsdam zu einer Biographie zweier bedeutender Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung forscht: Paul Frölich (dem ersten Biographen Rosa Luxemburgs) und seiner Frau Rosi Wolfstein-Frölich. Beiden war Willy Brandt in seiner Exilzeit der dreißiger Jahre als junger Aktivist der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAPD) begegnet und hatte eng mit ihnen kooperiert. Während Paul Frölich relativ früh verstarb, lebte Rosi Wolfstein-Frölich hochbetagt bis Ende der achtziger Jahre in Frankfurt.

Riccardo Altieri hat bei seinen Forschungen das handschriftliche Manuskript Willy Brandts für dessen Rede bei der Trauerfeier für Rosi Wolfstein-Frölich aufgefunden und unserer Stiftung für diese Publikation zur Verfügung gestellt,

wofür wir ihm zu großem Dank verpflichtet sind. Dank gebührt ferner sowohl ihm als auch Sven Haarmann (Friedrich-Ebert-Stiftung) bzw. Bernd Rother von der BWBS für die Entzifferung des handschriftlichen Textes. Nochmals Bernd Rother und Helen Kürten haben wichtige Arbeit bei der Kommentierung von Personen- und Ereignisangaben zu diesem Text geleistet.

Natürlich steht die Novemberrevolution nicht im Mittelpunkt dieser Trauerrede. Dennoch bietet sie eine ganze Reihe von Anknüpfungspunkten über Brandts Denken als junger linkssozialistischer Exilant wie als später (auf diese Ereignisse zurückblickender) Politiker und Staatsmann. Wenn ich es mir in meinem Vortrag erlaubt habe, am Schluss auch vorsichtig auf kritische Aspekte in seiner Einschätzung hinzuweisen, so findet sich in diesem Text zumindest an einer Stelle eine überraschende Bestätigung von ihm selbst. Ich hatte darauf hingewiesen, dass auch seine Sichtweise immer wieder allzu sehr auf eine gewisse Dichotomie, auf eine Fixierung auf die mehrheitssozialdemokratische Tradition um Friedrich Ebert auf der einen, und die eher linksradikale Tradition einer Rosa Luxemburg und ihrer Mitstreiter auf der anderen Seite hinauslief. In dieser Wahrnehmung blieben Positionen eines schon damals so genannten „marxistischen Zentrums" (etwa um den Mitparteivorsitzenden Hugo Haase) erstaunlich unterbelichtet bzw. unterschätzt.

In gewisser Weise sich selbst wie seine Partei ermahnend heißt es nun dazu in Brandts Trauerrede aus dem Jahr 1988, er habe sich immer dagegen gewendet und tue es nun auch heute, in der Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg alleine die Verlängerung der Mehrheitsrichtung aus dem Ersten Weltkrieg zu sehen. Die SPD würde sich ärmer machen, wenn sie ihre historischen Bezüge ohne Not einengte oder verkürzte.

Eine letzte kleine, auch persönliche, Vorbemerkung sei mir gestattet. Es ist nun schon wieder mehr als drei Jahrzehnte her, dass man sich in der deutschsprachigen Sozialdemokratie (insbesondere in Deutschland und Österreich) erneut eines anderen zuvor eher vergessenen Parteiführers erinnerte, der sicher zu den Größten seiner Zeit, der Zwischenkriegszeit, gehört hatte: des Österreichers Otto Bauer. Meine eigene frühe wissenschaftliche Beschäftigung mit dem theoretischen Erbe der Arbeiterbewegung ist ganz maßgeblich von seinen Schriften und seinem Wirken geprägt gewesen. Insofern hätte es damals weniger Erklärungen bedurft als heute, warum Willy Brandt 1988 noch einmal daran erinnerte, dass er 1937 gemeinsam mit seinem SAP-Freund Max Diamant (später im selben Frankfurter Altenheim lebend wie Rosi Wolfstein-Frölich) ausgerechnet Otto Bauer in

dessen Brünner Exil aufsuchte: Er war die unbestrittene geistige Führungspersönlichkeit der damaligen europäischen Sozialdemokratie.

Einige Jahre zuvor, 1981, hatte ein anderer Sozialdemokrat, damals noch Wissenschaftsminister seines Landes, anlässlich einer Gedenkveranstaltung zum 100. Geburtstag Otto Bauers auf folgende interessante Begebenheit hingewiesen: „Ich kann mich erinnern, daß vor wenigen Wochen Willy Brandt in Wien war. Es war knapp vor oder knapp nach dem 100. Geburtstag von Otto Bauer, und es ist in einem kleinen Kreis die Rede auf Otto Bauer gekommen, und Willy Brandt hat gemeint, wenn die deutsche Sozialdemokratie in der Weimarer Zeit eine Persönlichkeit vom Grade Otto Bauers gehabt hätte, wer weiß, ob nicht manches in der Entwicklung Deutschlands anders gegangen wäre."[1]

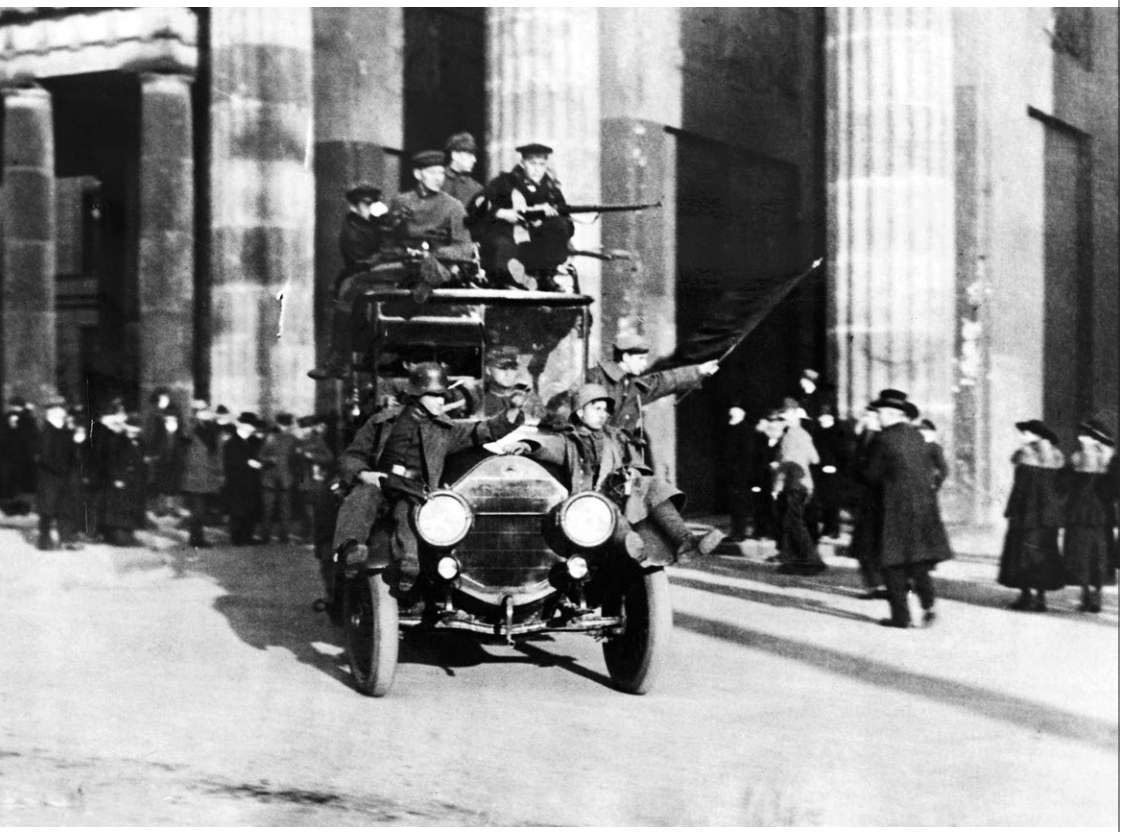
Der Autor jener Zeilen, Heinz Fischer, hat selbst auf das Spekulative dieser Aussage hingewiesen aber eben auch darauf, welcher Respekt Brandts gegenüber Bauer aus ihr abzulesen ist.

Die europäische Sozialdemokratie hat in der Periode nach dem Wirken eines Otto Bauer und später der Trias Willy Brandt, Bruno Kreisky, Olof Palme nur noch wenige Persönlichkeiten von vergleichbarem europäischem Format und intellektuellem Tiefgang hervorgebracht. Für die ersten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts gehört zu ihnen ohne Zweifel der genannte Heinz Fischer, der als Wissenschaftsminister, Fraktionsvorsitzender, Parlaments- und Staatspräsident nicht nur seinem Land Österreich in herausragender Weise gedient hat, sondern zugleich über Jahrzehnte hinweg ein intellektuell neugieriger wie anregender Zeitgenosse geblieben ist.

Deshalb sei es mir erlaubt, ihm diese kleine Broschüre zu widmen.

Prof. Dr. Ulrich Schöler — Werder/Havel, im August 2019

1 Fischer, Heinz, Begrüssung und Eröffnung, in: Fröschl, Erich/Zoitl, Helge (Hrsg.), Otto Bauer (1881–1938). Theorie und Praxis, Wien 1985, S. 8.



PROF. DR. ULRICH SCHÖLER

GEGEN EBERT, FÜR LUXEMBURG? WILLY BRANDTS URTEIL ÜBER DIE NOVEMBERREVOLUTION 1918/19

Als ich den Titel sah, mit dem im Newsletter unserer Stiftung für die heutige Veranstaltung geworben wurde, stockte mir kurz der Atem. *Na, das wird ja Schlagzeilen geben* – Willy Brandt auf den Spuren Rosa Luxemburgs und als Gegner Friedrich Eberts.

Hat also der Saarländer und ehemaliger Vorsitzende zweier Parteien doch Recht, wenn er die Ikone Willy Brandt für seine heutige Partei, Die Linke, deren Stiftung ja den Namen Luxemburgs trägt, reklamiert? Und bleibt für die SPD mit ihrer parteinahen Friedrich-Ebert-Stiftung dann nur dessen politisches Erbe?

Dem einen oder der anderen innerhalb der SPD dürfte dies vielleicht sogar gefallen, aber so einfach ist die Angelegenheit nun doch nicht, schon gar nicht mit Blick auf das Erbe Willy Brandts. Bevor ich mit seiner Einschätzung der hier interessierenden historischen wie politischen Zusammenhänge beginne, sei aber noch eine Vorbemerkung gestattet: Bereits der gerade geschilderte Zusammenhang der Reklamation von Erbschaften und Traditionen führt uns vor Augen, dass es hier keineswegs um erledigte, historisch musealisierte Zusammenhänge[2] geht. Der vor hundert Jahren auflodernde Streit über unterschiedliche Wege in und mit der Arbeiterbewegung strahlt bis heute aus, reicht in aktuelle Debatten hinein.

Wie aber positionierte sich Willy Brandt?

Wir müssen uns zunächst in Erinnerung rufen, dass der 1913 Geborene die Novemberrevolution 1918 als Kind erlebte, sicherlich keine eigenen Erinnerungen daran transportierte. Alles, was wir von ihm und über ihn wissen hat daher als Ausgangspunkt das in Rechnung zu stellen, was ihn am Beginn seiner jugendpolitischen Aktivitäten motivierte, sich auf dem linken Flügel zunächst der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und dann mit seinen Freunden 1931 in der linkssozialistischen SPD-Abspaltung SAPD zu organisieren. Hören wir ihn dazu in knappster Form rückblickend selbst: Willy Brandt schreibt 1966: „Wie zahlreiche junge Sozialdemokraten hatte ich mich Ende 1931 dieser Gruppierung angeschlossen, die

2 Was damit gemeint ist, habe ich ausführlicher an anderer Stelle zu beschreiben versucht: vgl. Schöler, Uli, Einleitung, in: ders., Herausforderungen an die Sozialdemokratie, Essen 2016, S. 9 f.

sich als ‚linke' Opposition von der offiziellen Sozialdemokratie trennte. Es war eine Trennung, die sich uns als Aufbegehren gegen eine schwächliche, kraftlose, kompromißlerische Politik darstellte."[3]

Dass der linkssozialistische Jugendliche auf diese Weise nicht nur die Sozialdemokratie an der Wende der zwanziger zu den dreißiger Jahren, sondern auch Haltung und Politik der Partei in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg beurteilt haben dürfte, ist anzunehmen, wird zudem aus einer weiteren Bemerkung an anderer Stelle deutlich: „In meinen jungen Jahren ging ich ein wenig zu sicher davon aus, daß nur die Linke innerhalb der Linken in der Tradition Bebels stehe."[4]

Wenn von der *Linken innerhalb der Linken* die Rede ist, dann dürfte die Vermutung nahe liegen, dass es sich hier insbesondere um die beiden „Ikonen" der Linken, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, handelte. Von Bedeutung dürfte dabei sicherlich sein, dass der spätere Mentor Brandts in der SAPD, Jacob Walcher, sich bereits im Kriege der Spartakusgruppe angeschlossen hatte.[5] Liebknecht genoss dabei nicht nur aufgrund seiner antimilitaristischen, sondern auch wegen seiner jugendpolitischen Aktivitäten in der Jugendinternationale höchstes Ansehen. Anders als viele andere Akteure der politischen Linken verfuhr Willy Brandt im Rahmen seines späteren Aufstiegs in höchste politische Ämter jedoch nicht nach dem vielfach wiedergegebenen Motto, dass man als Jugendlicher gerne aus Gründen der Moral habe Sozialist oder Kommunist sein dürfen, dies aber unter den Erwachsenen nur noch etwas für Dummköpfe sei, was ihn mir bis heute ausgesprochen sympathisch macht.

Willy Brandts Blick auf sich selbst und seinen Werdegang ist reflektierter und differenzierter zugleich: „Die Impulse meiner radikalen Jugend waren nicht zerstört. Aber ihnen war vieles hinzugewachsen. Jetzt hatte ich mir auch die Fähigkeit erworben, über die führenden Männer der Weimarer Zeit nicht mehr leichtfertig zu urteilen, sondern Friedrich Ebert und seine Freunde gemäß ihrem geschichtlichen Rang zu würdigen."[6]

In gewisser Weise kann man diesen Satz geradezu auch als Programm für die Art und Weise nehmen, wie Brandt in späteren Jahren der ja durchaus umstrittenen

3 Brandt, Willy [WB], Draußen. Schriften während der Emigration. Hrsg. von Günter Struve, München 1966, S. 63.

4 WB, Links und frei. Mein Weg 1930–1950, Hamburg 1982, S. 20.

5 Zu Walcher vgl. Stock, Ernst/Walcher, Karl: Jacob Walcher (1887–1970): Gewerkschafter und Revolutionär zwischen Berlin, Paris und New York., Berlin 1998.

6 WB, Draußen ..., a. a. O., S. 336.

Figur Rosa Luxemburg begegnet: nicht mehr jugendliche Verehrung, aber auch kein schnelles Verdammungsurteil, sondern ebenfalls kritische Würdigung. Ich werde darauf zurückkommen. Eines kann ich aber hier schon vorwegnehmend sagen: Wenn wir gleich einen Streifzug durch Brandts Äußerungen über die Novemberrevolution und ihre Folgen über mehrere Jahrzehnte hinweg unternehmen, dann werden wir feststellen, dass sein Urteil (trotz einiger vorsichtiger Veränderungen) ein hohes Maß an Kontinuität aufweist – ein so erstaunlicher wie auch bewundernswürdiger Sachverhalt.

Ob und in welcher Weise Brandt sich schon in den dreißiger Jahren publizistisch auf dieses Thema bezogen hat, kann ich hier weder ausschließen noch bestätigen. Kenntnis haben wir aber von einer kurzen Passage aus seiner 1944 in Stockholm erschienen Arbeit unter dem Titel „Nach dem Sieg". Da heißt es: „Die Revolution des Jahres 1918 hatte keine wirkliche Entscheidung gebracht. Die alten gesellschaftlichen Kräfte hielten sich über Wasser ... Die Mehrheitsrichtung in der Arbeiterbewegung war nachgiebig, wie sie auch dem Nationalismus gegenüber bei Kriegsausbruch nachgiebig gewesen war."[7] Das kurze Zitat lässt erkennen, dass Willy Brandt das Verhalten der sozialdemokratischen Mehrheit sowohl bei Kriegsausbruch (d. h. mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten und der Politik des Burgfriedens) wie an dessen Ende, in der Handhabung der Macht nach der Novemberrevolution, kritisch sah.

Anfang des Jahres 1950 setzt Brandt sich in einem kleinen Text in der „Berliner Stimme" näher mit dem Thema „Ebert, Weimar und wir" auseinander, in dem wir Schlüsselpassagen auch für sein späteres Verständnis wiederfinden. Hier heißt es zunächst: „Friedrich Ebert symbolisiert den großen, aber leider nicht gelungenen Versuch, Deutschland nach dem ersten Weltkrieg den Weg der demokratischen und sozialen Republik vorzuzeichnen. Der an die Spitze des Staates berufene, durch die Schule der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung geformte Handwerksgeselle verkörpert den Aufstieg des Volkes vom Untertanen zum mitverantwortlichen und mitgestaltenden Staatsbürger. In der Weimarer Republik stellte sich die Größe dieses politischen und sozialen Vorgangs, aber auch seine Begrenzung dar. Die Aufgaben der bürgerlichen Revolution wurden – wenngleich nicht auf allen Gebieten und mit ganzer Konsequenz – nachgeholt."[8]

7 WB, Nach dem Sieg, Stockholm 1944; zit. nach: ebd., S. 153.

8 WB, Ebert, Weimar und wir, in: Berliner Stimme vom 28. Februar 1950.

Positiv vermerkte er den florierenden wirtschaftlichen Wiederaufbau sowie die Entwicklung des Rechtsstaats hin zu einem Wohlfahrtsstaat. Diese Entwicklung habe Ebert in den Jahren seiner Präsidentschaft maßgebend mitgestaltet. Mit Blick auf die Novemberrevolution ist sein Urteil allerdings kritischer: „Ebert hatte sich den Ereignissen des November 1918 mit einer Grundhaltung genähert, die vielleicht eher gesellschaftsbewahrend als revolutionär genannt werden kann. Es ging ihm darum, das ausgeblutete und hungernde Volk möglichst rasch zu einigermaßen normalen Verhältnissen zurückführen zu können. Dieser staatliche Konsolidierungsprozeß gab den Kräften der Reaktion Chancen, die sie bald zu nutzen verstanden.“[9]

Willy Brandt sieht also durchaus die positiv zu würdigende Motivationslage Eberts, verweigert aber zugleich nicht den Blick auf problematische Folgen. Hören wir ihn nochmals selbst: „Es mag sehr wohl sein, daß jene geschichtlich unrecht hatten [ich füge ein: ihn selbst eingeschlossen, US], die bei Ende des ersten Weltkriegs die Zeit für einen radikalen Übergang zum Sozialismus gekommen erachteten. Aber selbst bei bescheidenerer Zielsetzung wurden die Möglichkeiten kaum genügend genützt, um die demokratische Republik wirtschaftlich zu untermauern und politisch zu sichern. Eine konstruktive Wirtschaftspolitik wurde nur in Ansätzen entwickelt, und in der späteren Periode des Niedergangs von Weimar fehlte es gar an einleuchtenden, das Volk mitreißenden Vorschlägen wirksamer Krisenbekämpfung.“[10]

Halten wir zunächst nochmals fest: Seine Beurteilung stellt durchaus die rationalen Motive seitens Eberts und seiner Mitstreiter in Rechnung, beklagt aber Folgewirkungen einer zu zögerlichen Umsetzung des Umgestaltungswillens der zeitgenössischen Mehrheitssozialdemokraten.

Wie Brandt nun umgekehrt das Agieren der äußersten Linken um Rosa Luxemburg in der Phase der Novemberrevolution einschätzt, erfahren wir 1951, also nur ein Jahr später. Sein kleiner Text über „Grabschänder“ ist eigentlich eine Abrechnung mit der ruchlosen Instrumentalisierung von Luxemburg und Liebknecht durch die Machthaber im anderen Teil Deutschlands. Während diese Internationalisten gewesen seien, agierten die stalinistischen Machthaber heute als Agenten eines neuen Nationalismus. Während Karl Liebknecht zu den Wegbereitern einer freien sozialistischen Jugendbewegung gehört habe, lasse man an seiner

9 Ebd.
10 Ebd.

Grabstätte jetzt Kolonnen einer gedrillten Staatsjugend marschieren. Während Rosa Luxemburg – auch in Auseinandersetzung mit den Begründern des neuen russischen Staates – die Grundsätze der Arbeiterdemokratie verfochten habe, bekämpfe man dort jetzt den „Luxemburgismus“ mit den Mitteln des Konzentrationslagers und der Geheimpolizei.

Sein sicherlich neuer Blick auf die beiden Ermordeten und ihre Rolle in der Phase der Novemberrevolution liest sich nun so: „Denn wie man auch immer ihre politische Haltung im einzelnen beurteilen mag, was sich aus Verkennung der wirklichen Situation im Januar 1919 in Berlin abspielte – Liebknecht und Luxemburg waren keine Terroristen, sie waren radikale freiheitliche Sozialisten. Darum hätten sie den weiteren Weg der KP und ihre Erniedrigung zur Fremdenlegion nicht mitgemacht. Und darum haben die Stalinisten kein Recht, sich auf Luxemburg und Liebknecht zu berufen."[11]

Es dauerte einige Jahre, bis Willy Brandt auf das Thema der Novemberrevolution und ihrer genutzten wie versäumten Chancen zurückkam. Die von ihm gemeinsam mit Richard Löwenthal verfasste Biographie zu Ernst Reuter war natürlich ohne dieses Thema nicht zu schreiben. Unter dem Namen Friesland hatte Reuter sich in dieser Phase in der jungen KPD betätigt. Die beiden Autoren berichten ausführlich und sachkundig über die Auseinandersetzungen auf dem ersten Reichsrätekongress im Dezember 1918, darin eingeschlossen die dort mehrheitlich eingenommene Haltung zur Frage der Demobilisierung des kaiserlichen Heeres unter Kontrolle der Räte. Damit hätten die Delegierten eine tiefere Einsicht in die Problemlage nicht nur als die Theoretiker des Spartakusbundes, sondern auch als die „Realpolitiker“ um Ebert gezeigt. Ich zitiere weiter: „Doch gerade in der Frage der Militärgewalt, die so zum eigentlichen Drehpunkt der Revolution geworden war, bestimmte sich die Haltung Eberts nach ganz anderen Gesichtspunkten als die der großen Mehrzahl seiner Anhänger unter den Arbeitern und Soldaten.“[12]

Die Autoren erörtern die Motivation Eberts und seiner Mitstreiter, denen in dieser chaotischen Zeit ein Putsch der Spartakisten wahrscheinlich erschienen sei, kommen aber zu einem anderen Schluss: Diese Furcht sei unberechtigt gewesen, da sowohl die Führer der Revolutionären Obleute wie des Spartakus durchaus gewillt gewesen seien, die ihnen ungünstige Mehrheitsentscheidung

11 WB, Grabschänder, in: Berliner Stimme vom 16. Januar 1951.

12 WB/Löwenthal, Richard, Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit, Berlin 1957, S. 117.

des Rätekongresses zu respektieren. Als Beleg galt ihnen der von Luxemburg verfasste und veröffentlichte Entwurf des Spartakusprogramms, wonach man nicht die Macht ergreifen dürfe, bevor man die Mehrheit der Arbeiterklasse für seine Auffassungen gewonnen habe. Ebert hingegen habe die einzig sichere Stütze für seine Regierung in der Befehlsgewalt der alten Offizierskaste gesehen, der nicht nur die Linksradikalen, sondern auch das Gros seiner eigenen Anhänger misstraut habe.[13]

Für Brandt und Löwenthal sind die Folgen der Bündnispolitik Eberts jedoch verheerend: „Mit dieser Politik verstärkte und verbitterte er die radikale Opposition und schuf so erst die Voraussetzungen für die Kette von blutigen Zusammenstößen zwischen radikalen Arbeitern und gegenrevolutionären Freikorps, die das Schicksal der Weimarer Republik schon in ihrer Geburtsstunde belasteten. Sie konzentrierten von vorneherein die Waffen in den Händen antidemokratischer, nationalistischer und militaristischer Gruppen und trennten damit den radikalen Flügel der Arbeiterschaft von der sozialdemokratischen Führung durch den Graben von Blut, der es der Kommunistischen Partei ermöglichte, auf Jahre hinaus in Deutschland eine Massenbasis zu behaupten.“[14]

Halten wir fest: In dieser Lesart ist es die Politik Eberts, die die Hauptverantwortung für die blutigen Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung der kommenden Jahre trägt, sie ist zugleich die Voraussetzung für den jahrelangen Massenzuspruch in der Arbeiterschaft für die KPD. Wenn ich es richtig sehe, ist dies die schärfste Distanzierung Brandts von der zeitgenössischen Politik Eberts, sie verschwindet sicher nicht in den Folgejahren, fällt dann aber deutlich moderater aus.

Welche Auswirkungen diese Versäumnisse der mehrheitssozialdemokratischen Politik hatten, halten die Autoren an einer anderen Stelle des Buches so fest: „Auf dem Papier war es [die Weimarer Reichsverfassung, US] eine der freiesten Verfassungen der Welt. Aber die wirtschaftlichen Machtpositionen der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes waren unangetastet geblieben. Das im Versailler Vertrag vorgesehene Berufsheer von 100 000 Mann, die Reichswehr, wurde aus den Freikorps aufgebaut, die mit Verachtung von der ‚Novemberrepublik‘ und ihren Führern sprachen; und auch der Beamtenapparat blieb im wesentlichen der alte. Die Revolution schien abgeschlossen – und große Teile der Arbeiterschaft

13 Ebd., S. 118.

14 Ebd., S, 119.

fühlten sich um ihre Hoffnungen betrogen. Parallel mit der Konsolidierung des neuen Staates vollzog sich so die Radikalisierung eines erheblichen Teils der Arbeiterschaft – nicht als Aufschwung der Revolution, sondern als Ausdruck der Enttäuschung über ihr Versanden."[15]

Nach diesem Ausflug Brandts in die politikwissenschaftliche Publizistik dauert es gut zehn Jahre, bis er in einer Festrede, nunmehr als Parteivorsitzender, auf unser Thema zurückkommt. 1968 schaut man auf 50 Jahre Novemberrevolution zurück. Seine neue Rolle gebietet es naturgemäß, sich dabei so zu positionieren, dass sich die gesamte Partei dabei sowohl angesprochen wie vertreten fühlen kann. Dass dabei die Tonlage moderater wird, versteht sich von selbst. Sein Eingangsstatement liest sich so: „Ich meine, wir sollten uns heute nicht ohne eigene Meinung, nicht ohne Bereitschaft zum stetigen Überdenken der Zusammenhänge und der Notwendigkeiten, aber doch mit einem gewissen Stolz zu dem bekennen, was die Sozialdemokraten in der Weimarer Republik gewollt, versucht und geleistet haben. Dem deutschen Volk wäre viel erspart geblieben, wenn es sich den Mahnungen und den Warnungen der Sozialdemokraten damals in größerer Zahl geöffnet hätte. Der eine und andere wird wissen, daß ich selbst in einer Erfahrungswelt aufgewachsen bin, in der das Kritische gegenüber dem Anerkennenden überwog. Mit anderen habe auch ich, was das Thema des heutigen Tages angeht, aus der Geschichte und aus dem Leben gelernt."[16]

Dieses Lernen drückte sich nun, wie Brandt bereits – eingangs von mir zitiert – an anderer Stelle betont hatte, in einem größeren Verständnis für die Motivationen Eberts aus. Als das Kaiserreich zusammenbrach, habe der Staat gedroht, so hält er Ebert jetzt zugute, in Auflösung zu geraten.[17] Allerdings geht dieses Verständnis wohl nicht so weit, dass er auch die bei Ebert und seinen Mitstreitern damals immer wieder bemühte drohende „bolschewistische Gefahr" für eine realitätstaugliche Situationsbeschreibung gehalten hätte. Unmissverständlich hören wir bei Brandt in einer Rede 20 Jahre später, dass er diese schon immer für eine Legende gehalten habe: „Bei aller sonstigen Relativierung ist dann die These, nach Ende des Ersten Weltkriegs hätten sich die Bolschewiki mithilfe der Spartakisten schon im Vorhof deutscher Staatsmacht befunden, zum wenig angefochtenen Bestandteil der Geschichtsschreibung geworden. Ich halte dies

15 Ebd., S. 128 f.

16 WB, 1918 bis 1968. „50 Jahre danach", Feierstunde der SPD am Sonntag, 10. November 1968, in der Stadthalle in Bad Godesberg, Rede des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, S. 2 f.

17 Ebd., S. 4.

für eine der Legenden, wenn nicht sogar Lebenslügen, die hinter uns zu bringen längst geboten gewesen wäre."[18]

Und konkret mit Blick auf Friedrich Ebert ergänzt er: „Der in anderer Hinsicht verdienstvolle und gewiss aller Ehren werte Reichspräsident Friedrich Ebert ließ sich einreden, die junge Republik würde nicht überleben, sichere sie sich nicht die Unterstützung der monarchistischen Rechten. Sich dies einreden zu lassen, hatte nichts mit Mangel an Grundsatztreue zu tun, sondern mit dem Erbe der deutschen Arbeiterbewegung, die imponierend groß geworden, der jedoch der Wille zur Macht weder in die Wiege gelegt noch nachgewachsen war …"[19]

Dass es sich dabei nicht nur um einen zu vernachlässigenden Einschätzungsirrtum handelte, sondern um eine Fehleinschätzung von fundamentalen Auswirkungen, daran lässt Brandt auch 1988 keinen Zweifel: „… diese Fehleinschätzung hat in erster Linie herhalten müssen, um die alten Mächte gesellschaftlich-politisch weithin unangetastet zu lassen, nach rechtsextremen Freikorps zu rufen und das Zurückschrecken vor gründlicher demokratischer Erneuerung zu entschuldigen."[20] Die umgekehrte Fehleinschätzung auf Seiten der linksradikalen Kräfte habe wiederum darin bestanden, nicht zu erkennen, dass von einem bedeutenden revolutionären Potential im eigentlichen Sinne dieses Wortes keine Rede sein konnte.[21]

Als Brandt dies formulierte, hatte er schon nicht mehr die Rücksichten eines alle Flügel und Traditionen der Sozialdemokratie zu berücksichtigenden Parteivorsitzenden zu nehmen. Entsprechend moderater formulierte er hingegen bei seiner Festrede 1968, bleibt aber grundsätzlich betrachtet schon bei seiner Positionierung gewissermaßen zwischen Ebert und Luxemburg. Hier heißt es: „Gleichzeitig gab es die zerreibenden Auseinandersetzungen um den Inhalt der neuen Ordnung. Es ist eine unerlaubte Vereinfachung, dies einfach nur als ein Problem des Bolschewismus auf deutschem Boden zu sehen. Der eigentliche Widerspruch

18 WB, Deutsche Wegmarken. Rede am 11. September 1988 im Berliner Renaissance-Theater im Rahmen der „Berliner Lektionen 1988", in: Ders.: Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte, herausgegeben und eingeleitet von Klaus Schönhoven, Bonn 2012 (= Willy-Brandt-Dokumente, Bd. 2), S. 772. Es ist eher traurig zu vermerken, dass diese „Lebenslüge" auch noch im Jahre 2018 das Geschichtsbild der sozialdemokratischen Parteizeitung prägt: „Die SPD-Regierung setzte gegen den gewaltsamen Umsturzversuch der Kommunisten Militär ein."; so Nink, Karin, Editorial, in: vorwärts EXTRA 09-10/2018, S. 3.

19 Ebd., S. 775.

20 Ebd., S. 772 f.

21 Ebd., S. 773.

wurde damals durch Rosa Luxemburg verkörpert, die man als Revolutionär und als Humanist zugleich begreifen muß. Sie … bekannte sich leidenschaftlich zu einem Freiheitsbegriff, der im völligen Widerspruch zu dem stand, was in den folgenden fünf Jahrzehnten mit geringen Abweichungen das Phänomen des Kommunismus ausgemacht hat. Sie sagte bekanntlich: ‚Freiheit ist immer auch die Freiheit des Andersdenkenden.' Es liegt auf der Hand, daß dies eine demokratisch-sozialistische Position ist, nicht eine terroristisch-kommunistische. Aber ich will auch nichts überspielen. Die Last war damals, vor 50 Jahren, nicht nur deshalb so schwer, weil es keine demokratische Tradition und keine Erfahrung in der Führung eines demokratischen Staatswesens gab, sondern auch deshalb, weil der revolutionäre Utopismus und Illusionismus so viele Energien in Anspruch nahm und sie brachlegte."[22]

Willy Brandt macht nicht vollständig deutlich, dass sich diese Kritik an Utopismus und Illusionismus in Teilen auch auf Rosa Luxemburg selbst bezog. Wie noch zu zeigen sein wird, dürfte diese Interpretation aber durchaus naheliegend sein. Denjenigen Kräften, die innerhalb der kommunistischen Bewegung noch weiter reichende Vorstellungen hatten, die meinten, in Deutschland habe es damals nur am „radikalen" Weg gefehlt, hielt er in den Worten Luxemburgs, ohne sie zu nennen, entgegen, dass die Erfahrung beweise, dass die sogenannte Diktatur des Proletariats „schnell und zwangsläufig zur Diktatur einer Partei, einer Minderheit, einer führenden Gruppe, manchmal nur einer Person führt – mit all den furchtbaren Konsequenzen, die damit verbunden sind. Dies konnte nicht der Weg der Sozialdemokraten sein …[23]

Utopismus bzw. diktatorische Anwandlungen also auf der einen Seite, nur allzu zögerliche Handhabung der Machtmittel auf Seiten der MSPD Eberts auf der anderen, bei dieser Deutung bleibt Brandt auch in dieser Rede: „Nach blutigen Kämpfen konnte dann für einige Zeit der demokratische Staat aufgebaut werden, aber wir müssen uns eingestehen, daß die gesellschaftliche Erneuerung fast schon im Ansatz stecken blieb. Wer will guten Gewissens sagen, daß er es unter den damaligen Verhältnissen nicht nur anders, sondern auch besser gemacht haben würde? Ich habe nur das deutliche Empfinden, daß die Frage der Macht im demokratischen Staat nicht klar genug gestellt wurde und daß nicht nur die

22 WB, 1918 bis 1968 …, a. a. O., S. 4. Der Zeit entsprechend war es noch nicht vorstellbar, von einer Revolutionärin oder Humanistin zu sprechen.

23 Ebd., S. 8.

innenpolitischen Gegner, sondern vor allem die Feinde der Demokratie viel zu zögerlich und zimperlich angegangen worden sind."[24]

In einem exakt zehn Jahre später erschienenen Artikel im Parteiorgan „Vorwärts" anlässlich des 60. Jahrestags der Novemberrevolution verdeutlicht Brandt diese „Mittelposition" nochmals anhand eines sehr viel genaueren Blicks auf die Ereignisse selbst, wobei er sich – nachvollziehbarer Weise – hier jeglichen Pathos, das einer Festrede notwendig zu eigen ist, entledigte. Ich zitiere sein Fazit vorweg: „Für die SPD bleibt die November-Revolution ein Lehrstück über verfehlte Macht und über Voraussetzungen, derer es bedarf, um Macht auszuüben."[25] Signifikant ist zudem, dass er bereits im Titel von einer „verfehlten Revolution" spricht. Zehn Jahre später sollte er zum Ausdruck bringen, dass das, was eine Revolution genannt wurde, doch mehr ein Zusammenbruch geblieben sei.[26]

Bevor ich Ihnen die differenzierte Sicht Brandts aus diesem Text detaillierter präsentiere, sei mir ein Vergleich zur gerade erschienenen Sonderbeilage desselben Blattes zum 100. Jahrestag erlaubt. Da lesen wir zunächst in der Unterzeile des einleitenden Artikels: „Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann sind die führenden Köpfe der Revolution"; sie hätten an der Spitze der Bewegung gestanden.[27] Aber nicht nur das. Die Chefredakteurin ergänzt: „Aber die SPD hatte nicht nur das Ende der Monarchie betrieben, sie war auch sehr gut auf die Zeit danach vorbereitet."[28] 40 Jahre nach Willy Brandts differenziertem Blick an gleicher Stelle ist man heute bei hagiographischer Selbstbespiegelung historischer Ereignisse angelangt. Gut, dass wenigstens die Parteivorsitzende noch ein wenig den kühlen Kopf bewahrt. Aus ihrer Rede zu selbigem Anlass lesen wir zumindest Folgendes: „An die Fehler, die gemacht wurden, erinnern wir auch." Es sei die Spaltung der Arbeiterbewegung gewesen, die zu der großen Katastrophe geführt habe. Ebert habe der Revolution enge Grenzen gesetzt und Noske mit undemokratischen gestrigen Eliten kooperiert. Man könne die Geschichte der SPD nicht

24 Ebd., S. 5.

25 WB, Die Lehren aus einer verfehlten Revolution, Vorwärts vom 9. November 1978, in: Ders.: Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte, herausgegeben und eingeleitet von Klaus Schönhoven, Bonn 2012 (= Willy-Brandt-Dokumente, Bd. 2), S. 223.

26 WB, Rosa Luxemburg: Sieben Jahrzehnte nach ihrem Tod. Vortrag am 19. April 1988 im Süddeutschen Rundfunk im Rahmen einer Sendereihe „Portraits zur deutsch-jüdischen Geistesgeschichte", in: ders., Bd. 10, Bonn 2009, S, 195.

27 Faerber-Husemann, Renate, Der Bedächtige und der Feuerkopf, in: vorwärts EXTRA 09-10/2018: Revolution 1918/19. Aufstehen für Demokratie und Frauenrechte, S. 2.

28 Nink, Karin, Editorial, ebd., S. 3.

in rosaroten Farben malen."[29] Zumindest sie ist also in dieser Hinsicht näher bei ihrem Vorgänger als das von ihrer Partei herausgegebene Blatt.

Aber zurück zu Willy Brandt: Bemerkenswert an seinem Vorwärts-Artikel ist zunächst die Tatsache, dass er den spontanen, von unten seinen Ausgang nehmenden Charakter der revolutionären Ereignisse voranstellt. Weder stehen für ihn im November die politischen Führer der Sozialdemokratie, noch im Januar die des Spartakusbundes im Zentrum des Geschehens: „Im Schatten der militärischen Niederlage haben von Herbst 1918 hinein bis in die Frühjahrsmonate 1919 die Massen vielerorts in Deutschland den Aufstand geprobt. Sie forderten Frieden, sie forderten Brot. Und sie forderten – spontan und ohne ausgefeiltes Programm – Demokratie, viele auch mit sozialistischen Inhalten. Gemessen am Ergebnis: ohne nachhaltigen Erfolg. Kein Weg führt an der bitteren Einsicht vorbei, dass die Geschichte der November-Revolution die Geschichte ihrer fortschreitenden Zurücknahme ist. Sie nimmt ihren Lauf, als Reichskanzler Ebert am 9. November zu ‚Ruhe und Ordnung' mahnt, als er sich – noch bevor die Verhandlungen mit den Unabhängigen aufgenommen wurden und der Rat der Volksbeauftragten gebildet war – in dem symbolträchtigen Telefonat mit General Groener des Rückhalts der Armee versichert und einen Tag später die ganze Revolution schlicht für ‚beendet' erklärt. Für den weiteren Verlauf der Revolution war es entscheidend und für die Weimarer Republik eine der schwersten Belastungen überhaupt, dass Ebert und seine Freunde, die in diesen turbulenten Novembertagen die politische Macht in Händen hielten, sich nicht dazu entschließen konnten, eine neue bewaffnete Macht zu begründen."[30]

Brandt erläutert diesen Zusammenhang unter Verweis darauf, dass ja für viele Sozialdemokraten, Ebert eingeschlossen, ihr zentrales Anliegen, die parlamentarische Monarchie mit den Oktoberreformen bereits Wirklichkeit geworden sei. Auf wesentlich weitergehende Veränderungen sei man im Grunde nicht gefasst gewesen. Der revolutionäre Funke, der von der Kieler Matrosen-Meuterei übergesprungen sei, sei nicht gewünscht gewesen und schon gar nicht geplant. Stattdessen wurde Kontinuität großgeschrieben. Durch ihren langen Kampf um Gerechtigkeit – so erklärt er dieses Verhalten – sei die deutsche Sozialdemokratie zur Gefangenen ihres eigenen Legalitätsdenkens geworden. Es habe an situationsbezogener Analyse ebenso gefehlt wie an realistischer Strategie. Die Folgen:

29 Nahles, Andrea, zit. nach: Soukup, Uwe, Die Revolution und die SPD, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 45 vom 11. November 2018.

30 WB, Lehren ..., a. a. O., S. 217 f.

Justiz und Beamtenschaft, die es an vorübergehender Anpassung nicht fehlen ließen, seien im Wesentlichen unangetastet geblieben. Zu Eingriffen gegen den politischen Missbrauch wirtschaftlicher Macht habe man sich ohnehin nicht entschließen können. So sei zwar nicht alles, aber allzu viel beim Alten geblieben.[31]

Was an dieser Beschreibung auffällt ist die Tatsache, dass Brandt den Gang der Dinge nicht in verurteilenden, sondern in erklärenden Kategorien beschreibt. Ebert und seine Mitstreiter sind in dieser Sichtweise keineswegs Verräter, aber bei ihm ist auch kein Platz für historisch unhaltbare Heldenverehrungen über angebliche sozialdemokratische Revolutionsführer, die über die richtigen Konzepte verfügt hätten, wie wir es vierzig Jahre später an gleicher Stelle, im „Vorwärts", lesen können.

Der weitere Gang der Revolution wird für Brandt vor allem durch die im Weltkrieg voraufgegangene Spaltung der Sozialdemokratie geprägt. Näheres über seine Haltung zum Ausgangspunkt der Spaltung, der Bewilligung der Kriegskredite und der Handhabung der Fraktionsdisziplin im Reichstag, erfahren wir nur in Andeutungen in seinen einige Jahre später veröffentlichten Erinnerungen. Da hält er zunächst fest, dass wohl auch die große Integrationsfigur der Partei, August Bebel, die Entscheidung seiner Partei vom August 1914 nicht viel anders hätte treffen können und wollen, als sie mehrheitlich getroffen worden sei. Er habe den Hass auf das Zarenreich als Hort der finstersten Reaktion geteilt und davon gesprochen, wenn nötig selbst die Flinte auf den Buckel zu nehmen, falls es in den Krieg gegen Russland gehe. Dies ist sicher eine gängige Betrachtung der Lage. Bemerkenswerter erscheint mir hingegen die sich daran anschließende Überlegung: „Für mich gibt es allerdings auch kaum einen Zweifel daran, daß er, der es haßte, sich vom Gegner das Gesetz des Handelns vorschreiben zu lassen, für eine Unterstützung im Krieg einen hohen innenpolitischen Preis verlangt haben würde. Vielleicht hätte er damit die Sozialdemokratie zusammenhalten können … Der tatsächliche Ablauf eines geschichtlichen Vorgangs beweist nichts über ungenutzt gebliebene Möglichkeiten."[32]

Willy Brandt lässt es in seinem Revolutions-Aufsatz ausdrücklich offen, ob man von einer durch die Unnachgiebigkeit des Mehrheitsflügels heraufbeschworenen USPD-Gründung zu sprechen habe (die Alternative so zu formulieren, heißt zugleich, ihr eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen), in jedem Fall aber

31 Ebd., S. 218 f.

32 WB, Links und frei …, a. a. O., S. 19 f.

ist er der Auffassung, dass sich diese Gründung für die deutsche Arbeiterbewegung und die Grundlegung der Demokratie in Deutschland verheerend ausgewirkt habe. Was er dabei kritisiert ist nicht die Gründung selbst, sondern sind die Folgen, die sie zeitigt: „Die unwiederbringliche Chance von 1918 hätte von einer entschlossenen und geschlossenen, auch noch von einer wiedervereinigten Sozialdemokratie genutzt werden können; nicht aber von zwei sozialdemokratischen Parteien, zwischen denen sich die Fronten noch verhärtet und verfestigt hatten."[33]

Dieser Aufsatz ist – wenn ich es richtig sehe – die einzige Gelegenheit, bei der sich Brandt auch etwas näher mit dem politischen Erbe der USPD auseinandersetzt. Die häufig gestellte „Gretchenfrage", ob die Spaltung unvermeidlich gewesen sei, lässt er letztlich unbeantwortet. Das Agieren der USPD habe dazu ausgereicht, 1918/19 beträchtliche Massen hinter sich zu bringen, nicht aber, um Politik zu machen und Geschichte zu schreiben. Aufgrund ihrer inneren Zerklüftung sei die Partei nicht in der Lage gewesen, sich auf einen gestaltenden Nenner zu einigen (auch sie sei ein Kind der Vorkriegs-SPD geblieben). So habe es nur eine Frage der Zeit sein können, bis die USPD zwischen dem sozialdemokratischen Mehrheitsflügel und der späteren KPD zerrieben wurde. Die eigentliche Scheidelinie sei aber nicht zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien, sondern zwischen diesen und Spartakus verlaufen. Und dass sie gezogen wurde, sei historisch unvermeidbar gewesen. Den Trennungsstrich aber, der mitten durch die Sozialdemokratie hindurchging, bezeichnet er hingegen als im wahren Sinne des Wortes verhängnisvoll. Hier sei getrennt worden, was seinem Wesen nach zusammengehörte.[34]

Meine Damen und Herren,

ich teile ausdrücklich diese intensive Betonung der verheerenden Auswirkungen der sozialdemokratischen Spaltung durch Willy Brandt für die historischen Chancen in der deutschen Novemberrevolution. Seine ausgesprochen skeptische Sicht auf die USPD entspricht sicher der gängigen Sichtweise in der historischen Literatur, die ich in diesem Punkt allerdings für anfechtbar und diskussionsbedürftig halte,[35] was zu erläutern hier allerdings weder Zeit noch Raum ist. Ich werde auf diesen Punkt allerdings in meinen Schlussbemerkungen noch einmal zurückkommen.

33 WB, Die Lehren …, a. a. O., S. 220.

34 Ebd., S. 220 f.

35 Vgl. hierzu näher die Einleitung in: Schöler, Uli/Scholle, Thilo (Hrsg.), Weltkrieg – Spaltung – Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922, Bonn 2018, S. 11 ff.

Brandts erklärende, nicht verurteilende Herangehensweise wird auch am Schluss seines Aufsatzes noch einmal kristallklar: „Die Situation war 1918/19 offen; die Chance zur grundlegenden Umgestaltung gegeben, ohne dass sie von oben und von rechts gekommen wäre. Es hieße Ursache und Wirkung verwechseln, die Schuld einseitig einem oder beiden Flügeln der Sozialdemokraten anzulasten. Eine Partei, die um die Macht gewusst hätte, sie hätte nicht abgewartet, bis die Reaktion wieder ihr Haupt erheben würde; die hätte sich auch nicht gespalten. Nur: Woher sollte der Machtwille denn kommen? Das Erbe des Kaiserreichs wog zu schwer … Was objektiv versäumt wurde, mag subjektiv entschuldigt sein. So muss es auch abwegig erscheinen, einem Mann wie Friedrich Ebert historische Gerechtigkeit nicht zuteilwerden zu lassen. Zumal niemand bestreiten kann, wie sehr ihn subjektiv die Problematik ‚Arbeiter und Staat' beschäftigt hat.[36]

Die so differenzierte wie skeptische Betrachtung von Chancen und Perspektiven der Novemberrevolution in Brandts Denken mündet also in eine durchaus versöhnliche Schlussbetrachtung mit Blick auf die Person Friedrich Eberts. Aber gilt das auch für Rosa Luxemburg? Immerhin hatte er die Spaltungslinie zu Spartakus als unvermeidlich bezeichnet. In diesem Text gibt er uns nur eine kleine Andeutung, was seine Haltung betrifft. Er stellt die Frage so: Wohin sich allerdings Rosa Luxemburg gewendet hätte, wäre sie am Leben geblieben, wer vermöchte es zu sagen? Seine eigene Antwort ist gleichwohl klar: „Dass die Komintern ihre politische Heimat nicht geblieben wäre, scheint gewiss."[37]

Aber wie sah er in seinen späten Jahren insgesamt das politische Wirken Rosa Luxemburgs? Wir brauchen darüber nicht zu spekulieren. Er hat sich dazu 1988 in einem langen Vortrag im Süddeutschen Rundfunk ausführlich geäußert. Er verweist gleich zu Beginn darauf, dass die radikale Sozialistin aus Warschau, wie er sie nennt, immer wieder für Streitigkeiten habe herhalten müssen. Nicht unmittelbar daran anschließend, aber sicherlich auch darauf zu beziehen, spricht er wenig später im Zusammenhang mit ihren breiten Sprachkenntnissen von der „Largesse" des vorigen Jahrhunderts, die man zeitgenössisch nicht wieder erreicht habe und fügt an: „Auch nicht jenes Maß an Toleranz, das sich gegen Banausentum und Schlimmeres gut zu behaupten wusste."[38] Der Zusammenhang ist also ein anderer – gleichwohl scheint mir dieser Satz geradezu paradigmatisch für die Herangehensweise zu stehen, wie Willy Brandt sich dieser umstrittenen

36 WB, Eine verfehlte Revolution …, a. a. O., S. 222.
37 Ebd., S. 221.
38 WB, Rosa Luxemburg …, a. a. O., 195, 196 [Zitat].

historischen Figur nähert: mit viel Empathie und Verständnis, durchaus auch mit Kritik, vor allem aber eben auch mit Toleranz hinsichtlich ihrer Fehler und Irrtümer.

Hören wir nochmals in seinen Worten, was ihre Persönlichkeit auszeichnete: Bescheidenheit und Güte, ein weiter Spannungsbogen zwischen Härte und Zärtlichkeit, „ein ungestümes sachliches Engagement gepaart mit Widerwillen gegen geistige Enge; eindrucksvolle Appelle an die Vielen, aber individuelle Furcht vor der Menge; wissenschaftliches Denken gemischt mit künstlerischen Neigungen"; kindliche Freude am Schönen – ihr wurde und werde also überhaupt nicht gerecht, wer sie allein als ein politisches Wesen einstufen wollte.[39]

Was Luxemburgs Rolle in der Novemberrevolution und den ihr folgenden Ereignissen betrifft, spiegelt sich in gewisser Weise die bereits gegenüber Ebert geäußerte Kritik: Ihr Verhalten zeige, wie schwer ihr realpolitische Erwägungen gefallen seien und – in dieser Hinsicht sicher anders als seine Sicht auf Ebert – wie wenig sich dieser Mangel durch Idealismus und Emotion beheben lasse. So schroff sie einerseits zu formulieren verstanden habe, so abwägend sei sie in Fragen organisatorisch-politischer Trennung erschienen, auch der Entschluss, eine neue Partei zu gründen, sei nicht nach ihrem Geschmack gewesen. Deshalb dürfe in hohem Maße bezweifelt werden, dass sie es in dieser Partei lange ausgehalten hätte.[40]

Brandts Kritik an Rosa Luxemburgs überschießendem Utopismus und Radikalismus in ihren letzten Lebensmonaten ist zugleich eindeutig und klar: Im Gegensatz zu den Führern der alten Partei habe sie sich bis zu hasserfüllten Beschimpfungen gesteigert. Ein wirklichkeitsnahes Programm habe ihr nicht zur Verfügung gestanden. Allen Ernstes und mit Nachdruck habe sie die Meinung vertreten, auf Mindestforderungen – etwa auf dem Gebiet der Demokratisierung könne jetzt überhaupt verzichtet werden, der Sozialismus sei – wörtlich – das Minimum, was man heute durchzusetzen habe. Seine Mahnung kann nur unterstrichen werden: Nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal zeige sich bei einer solchen Gelegenheit, wie rasch mangelndes Realitätsbewusstsein und eine aggressive Sprache einander ergänzen können.[41]

Ausgiebig zitiert Willy Brandt aus den hier sicherlich als bekannt vorauszusetzenden demokratietheoretischen Teilen ihrer Gefängnisschrift zur russischen Revolution und den entsprechenden Kontroversen mit den theoretischen wie

39 Ebd., S. 199.
40 Ebd., S. 201 f.
41 Ebd., S. 203 f.

praktisch-politischen Positionen Lenins. Ungeachtet also der von ihm selbst konstatierten kritikwürdigen Einlassungen Luxemburgs in den Wochen der Revolution bleibt er dabei, dass es ihm schwer verständlich sei, wie man zu der Einschätzung gelangen könne, für Nichtkommunisten habe sie keine Freiheit gewollt.[42] So bleibt Rosa Luxemburg für ihn „… bei allem, in und über allem, die tragische Gestalt einer leidenschaftlichen europäischen Revolutionärin."[43]

Meine Damen und Herren,

dieser kleine Streifzug durch das politische Denken Willy Brandts mit Blick auf die Novemberrevolution bliebe unvollständig, würden wir nicht noch einen Blick auf die Frage werfen, wie er den Zusammenhang der von ihm vielfach beschriebenen verpassten Chancen der Revolution und dem Ende der Weimarer Demokratie 1933 begriff. Zunächst gilt es festzuhalten, dass er hier jeden Automatismus ablehnte, also nicht zu denjenigen zählt, die die Geschichte vor allem retrospektiv, vom Ende her betrachten. Das Ende von 1933 war für ihn nicht zwangsläufig unausweichlich. In seinen Worten: „… ein Naturgesetz, demzufolge die Weimarer Republik hätte untergehen müssen, gab es nicht."[44] Deutlicher noch an anderer Stelle: „Ich glaube … nicht an historische Zwangsläufigkeiten … Doch daran, dass die Schwächen und Versäumnisse von 1918/19 zu den Ursachen von 1933 gehören, daran gibt es für mich nicht den geringsten Zweifel."[45]

Deshalb trieb Willy Brandt die Frage dieses Zusammenhangs immer wieder um, wie wir in seinen Erinnerungen an seine frühen Jahre lesen können: „Für mich bleibt es eine offene Frage, wie die Fehlentwicklung am Ende des Ersten Weltkriegs hätte verhindert werden können. Hätte man die Macht der Reaktion nach dem Zusammenbruch brechen können? Hätte sich, in den Jahren danach, die Demokratie durchsetzen und befestigen lassen? Führende Sozialdemokraten verteidigten sich damit, die Spaltung der Arbeiterbewegung habe sie am größeren Fortschritt gehindert. Dem kann man entgegenhalten, daß ein konsequent und in die Tiefe gehendes demokratisches und soziales Programm vielleicht doch die Chance geboten hätte, breitere Schichten für ein fortschrittliches Bündnis zu gewinnen."[46]

42 Ebd., S. 206.
43 Ebd., S. 216.
44 WB, Links und frei …, a. a. O., S. 62.
45 Ders., Deutsche Wegmarken …, a. a. O., S. 777.
46 Ders., Links und frei …, a. a. O., S. 46. Auch 1988 berichtete er, dass ihm an verschiedenen Lebenspositionen häufiger durch den Kopf gegangen sei, dass die Wegmarke des Januar 1933 nicht ohne die der Jahreswende 1918/19 zu begreifen sei; ders., Deutsche Wegmarken …, a. a. O., S. 772.

Einen Teil der Antwort auf die selbst gestellte Frage gibt er dann doch: „Ich lernte erst später, welches das eigentliche Versäumnis beim Übergang vom Kaiserreich zur Republik war, nämlich: daß die neue Demokratie nicht fester verankert wurde, politisch und sozial. Es wäre darauf angekommen, endlich die steckengebliebene bürgerliche Revolution nachzuholen. Der Novemberumsturz 1918 mündete in eine moderne Verfassung, aber die alten Mächte überlebten und gediehen: in der hohen Bürokratie und Justiz, in der militärischen Führung, an den Universitäten."[47]

An dieser Stelle verlängert Brandt nun seinen Blickwinkel auch über die unmittelbar auf die Revolution folgende Phase hinaus und kritisiert massiv das Verhalten sozialdemokratischer Politik im Krisenjahr 1923: „Die ganz überwiegend mehr vorstandstreuen als aufmüpfigen Lübecker Sozialdemokraten konnten nicht verstehen, weshalb ‚die in Berlin' gegen das linke Sachsen Militär einsetzten, während sie gegenüber den putschenden Bayern – Hitler war schon dabei! – mehr als anderthalb Augen zudrückten."[48]

Breiter als zu diesem Thema setzt er sich mit der innenpolitischen Krise unmittelbar vor der nationalsozialistischen Machtergreifung auseinander, was schon dadurch verständlich erscheint, als diese Jahre seinen politischen Weg von der SPD zur SAPD prägten. Im Rückblick lässt er es nicht an Verständnis für die Motive der führenden Sozialdemokraten fehlen, die vor einer kämpferischen Reaktion auf Papens Staatsstreich 1932 zurückschreckten, sinnloses Blutvergießen vermeiden wollten. Aber er hält ihnen auch noch 1982 entgegen: „Die zu befürchtenden Opfer erschienen damals vielleicht nicht sinnvoll; durch das Ausweichen vor der harten Entscheidung konnte jedoch leider ein Prozeß ausreifen, der zur europäischen Katastrophe mit Millionen von Todesopfern und letztlich auch zur Misere der europäischen und deutschen Zerklüftung führte. Nach jenem 20. Juli wußte die Führung der Nazis, daß die Kampfkraft der Demokratie gebrochen war."[49]

Es dürfte nicht verwundern, dass sich Brandts Erklärung für dieses Verhalten der sozialdemokratischen Führung mit seiner kritischen Sicht auf das der MSPD-Führung in der Novemberrevolution deckt: Auch 1932 wurde sie von Legalitätsvorstellungen geleitet, die durch die Verhältnisse nicht mehr gedeckt gewesen seien. Man habe gemeint, die „Rechtslage" jener Verfassung nicht verlassen zu dürfen, die von der anderen Seite schon brutal beiseitegeschoben worden sei. Er

47 Ebd., S. 44.
48 Ebd., S. 47.
49 Ebd., S. 51.

äußert in diesem Zusammenhang, dass die Vermutung dafür spreche, dass auch die Masse der kommunistischen Anhänger mitgerissen worden wäre, wenn sich die SPD allen Bedenken zum Trotz für konstruktive Krisenpolitik und für demokratisch-militanten Widerstand entschieden hätte.[50]

Meine Damen und Herren,

damit sind wir am Ende dieses Streifzugs über Willy Brandt und die Novemberrevolution angelangt. Ich will nicht verhehlen, dass ich bei der vorbereitenden Lektüre ganz überwiegend positive Eindrücke von seinen Standortbestimmungen gewonnen habe. Es hat mich außerordentlich beeindruckt, wie intensiv Brandt anhand dieses Themas immer neu seinen eigenen Werdegang reflektiert und kritisch überprüft hat. Er macht seine linkssozialistischen, jugendpolitischen Wurzeln kenntlich, verharrt aber nicht bei einmal gewonnenen Einschätzungen und Erkenntnissen, sondern verändert behutsam seine Wahrnehmungen und Urteile. Schon gar nicht unterliegt er der – auch in jüngerer Zeit – immer wieder zu beobachtenden Versuchung für politische Akteure in Verantwortung, das eigene frühe Engagement als zu vernachlässigende politische „Jugendsünden" beiseite zu legen. So begegnen uns in dem hier präsentierten Längsschnitt über mehrere Jahrzehnte hinweg politische Betrachtung mit einem hohen Anteil an Kontinuität bei gleichzeitiger Einschätzungsveränderung im Detail.

Die hier beschriebene politische Verortung zwischen Friedrich Ebert und Rosa Luxemburg ist ganz sicher biographisch geprägt und nachvollziehbar, kann aber nicht in toto als unproblematisch kritiklos wiedergegeben werden. In gewisser Weise reproduziert Brandt mit seiner Konzentration auf diese beiden Pole nämlich ein Geschichtsbild, das er selbst mit guten Gründen kritisiert: die alternativlose Dichotomie zwischen staatstragender Sozialdemokratie und diktatorischem Bolschewismus.[51]

Versucht man nämlich den Standort, den Willy Brandt in seiner Geschichtsbetrachtung einnimmt, auf das Spektrum der *damaligen* Akteure zu projizieren, dann liegt es nahe, diesen als eine Positionierung des sog. „marxistischen Zentrums" zu verstehen, wie sie ganz wesentlich in den Reihen der USPD unter ihrem Vorsitzenden Hugo Haase vor dem Schwenk der Partei zu linksradikalen Positionen vertreten wurde. Interessanterweise, und auf für mich noch nicht wirklich erklärbar, spielt diese Verortung jedoch keinerlei Rolle bei den historischen

50 Ebd., S. 51, 54.

51 Vgl. zur Kritik an dieser Dichotomie nochmals genauer Schöler/Scholle, Einleitung ..., a. a. O., S. 18 f.

wie theoretischen Rückbezügen, die Brandt selbst vornimmt. Hätte er aber nach Personen gesucht, die sich bereits in der Phase der Novemberrevolution ähnlich positionierten wie er selbst Jahrzehnte später, wäre er unweigerlich bei Persönlichkeiten wie Hugo Haase, Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Rudolf Breitscheid, Rudolf Hilferding oder Heinrich Ströbel gelandet, um nur die bekanntesten und vielleicht auch bedeutendsten aus dieser Reihe zu nennen. Aber ein solcher Gedanke scheint Brandt selbst nicht wirklich gekommen zu sein, denn er hat sich mit diesem Traditionsstrang seiner Partei weit weniger auseinandergesetzt als mit demjenigen Eberts oder Luxemburgs. Dazu gehört eben auch, dass er – als er 1964 zum Parteivorsitzenden der SPD gewählt wird – sich in eine Reihe seiner Vorgänger gestellt sieht, unter ihnen aber den sicherlich bedeutenden Hugo Haase schlichtweg zu erwähnen vergisst.[52]

Lassen Sie mich diese Einführung noch mit einer letzten kurzen Überlegung schließen, die in die Gegenwart (und hoffentlich auch in die Zukunft) weist. Es geht dabei um die Erneuerungsfähigkeit einer sozialdemokratischen Partei, von der ja im Jahr 2018 viel die Rede war. Willy Brandt schreibt dazu: „Erneuerung bedeutet, daß man zur Tradition ein gesundes Verhältnis hat und außerdem nicht nur den Mut, sondern auch die Kraft hat, aus der Vergangenheit mit ihren Höhen und Tiefen, mit ihren Erfolgen und Schwächen zu lernen.[53]

Und an anderer Stelle: „Meine Lebenserfahrung sagt mir: Das Lager der sozialen Demokratie muß seine Bereitschaft zur Selbstkritik immer wieder schärfen."[54]

Ich füge zum Schluss hinzu: Geschieht dies nicht, verweigert sich eine Partei oder Bewegung dem gerade auch selbstkritischen Lernen aus der Geschichte, wiederholen sich nicht nur die gemachten Fehler, sondern ist in letzter Konsequenz auch die eigene Existenz bedroht.

52 Vgl. zu seiner Person jetzt endlich die große Biographie: Seils, Ernst-Albert, Hugo Haase: Ein jüdischer Sozialdemokrat im deutschen Kaiserreich. Sein Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit, Frankfurt 2016.

53 WB, 1918 bis 1968 ..., a. a. O., S. 2.

54 WB, Links und frei ..., a. a. O., S. 66.

QUELLENANHANG

DIE LEHREN AUS EINER VERFEHLTEN REVOLUTION

ARTIKEL VON WILLY BRANDT AM 9. NOVEMBER 1978 IM „VORWÄRTS“ ZUM 60. JAHRESTAG DES BEGINNS DER DEUTSCHEN REVOLUTION 1918/19*

„Eine deutsche Revolution“ nannte Alfred Döblin sein vierbändiges Monumentalwerk über die Ereignisse im November 1918. Eine deutsche Revolution? Die ist, so urteilt nicht nur Joachim Fest, Gegenrevolution, zumindest gebärdet sie sich so. Sie komme, wenn sie erfolgreich sein soll, von oben und von rechts.

War also, was wir leichthin die November-Revolution nennen, von vornherein zum Scheitern verurteilt? Dies mit Ja zu beantworten, ist denn doch nicht gerechtfertigt. Es sei denn, man huldigt einem Geschichtsverständnis, demzufolge alles so gekommen ist, wie es kommen musste.

Im Schatten der militärischen Niederlage haben vom Herbst 1918 bis hinein in die Frühjahrsmonate 1919 die Massen vielerorts in Deutschland den Aufstand geprobt. Sie forderten Frieden, sie forderten Brot. Und sie forderten – spontan und ohne ausgefeiltes Programm – Demokratie; viele auch mit sozialistischen Inhalten. Gemessen am Ergebnis: ohne nachhaltigen Erfolg.

Kein Weg führt an der bitteren Einsicht vorbei, dass die Geschichte der November-Revolution die Geschichte ihrer fortschreitenden Zurücknahme ist.

Sie nimmt ihren Lauf, als Reichskanzler Ebert am 9. November zu „Ruhe und Ordnung“ mahnt, als er sich – noch bevor die Verhandlungen mit den Unabhängigen aufgenommen wurden und der Rat der Volksbeauftragten gebildet war – in dem symbolträchtigen Telefonat mit General Groener des Rückhalts der Armee versichert und einen Tag später die ganze Revolution schlicht für „beendet“ erklärt. Für den weiteren Verlauf der Revolution war es entscheidend und für die Weimarer Republik eine der schwersten Belastungen überhaupt, dass Ebert und seine Freunde, die in diesen turbulenten November-Tagen die politische Macht in Händen hielten, sich nicht dazu entschließen konnten, eine neue bewaffnete Macht zu begründen.

* Dieser Betrag ist mit Annotationen abgedruckt im Editionsband „Willy Brandt – Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte“, herausgegeben und eingeleitet von Klaus Schönhoven (Willy-Brandt-Dokumente, Band 2), S. 217 ff.

Die Furcht vor dem Chaos im allgemeinen, vor den von aussen kommenden Bedrohungen im besonderen, führte dazu, beim Bündnis mit dem kaiserlichen Offizierskorps Zuflucht zu suchen. Justiz und Beamtenschaft, die es an vorübergehender Anpassung nicht fehlen liessen, blieben im Wesentlichen unangetastet. Zu Eingriffen gegen den politischen Missbrauch wirtschaftlicher Macht konnte man sich ohnehin nicht entschliessen. So blieb zwar nicht alles, aber allzu viel beim Alten.

Als es für einen tieferen Einschnitt zu spät ist, 1919, auf dem Parteitag der SPD in Weimar, resümiert Rudolf Wissel, jeden radikalen Überschwangs unverdächtig, dass das Volk in seinen Erwartungen enttäuscht sei. „Wir haben“, so erklärte der spätere Reichsarbeitsminister, „die formale politische Demokratie weiter ausgebaut. Gewiss! Aber wir haben doch nichts anderes getan, als das Programm fortgeführt, das von der Kaiserlich-Deutschen Regierung des Prinzen Max von Baden schon begonnen worden war.“

Tatsächlich war in der Oktober-Reform das zentrale Anliegen vieler Sozialdemokraten Wirklichkeit geworden: die parlamentarische Monarchie. Zugleich war der verhasste Ausdruck des Obrigkeitsstaates, das preussische Dreiklassen-Wahlrecht, abgeschafft. Auf wesentlich weitergehende Veränderungen war man im Grunde nicht gefasst. Der revolutionäre Funke, der von der Kieler Matrosen-Meuterei übersprang, war nicht gewünscht und schon gar nicht geplant. Kontinuität wurde gross geschrieben.

Aus Friedrich Eberts Sicht der Dinge war es konsequent, dass er auf die Karte der Nationalversammlung setzte, als die Entwicklung in rasantem Tempo über die Oktober-Koalition mit den Bürgerlichen hinwegging. Sämtliche Entscheidungen sollten nun der Konstituante vorbehalten bleiben. Ihre Konstituierung hielt er für die Rückkehr auf „den Weg der Gesetzmässigkeit“.

Ohne Bosheit wird man sagen können, dass die deutsche Sozialdemokratie durch ihren langen Kampf um Gerechtigkeit in gewisser Hinsicht zum Gefangenen ihres eigenen Legalitätsdenkens geworden war. Geboren in der Zeit von Bismarcks unseligem Ausnahmegesetz, hatte es wesentlichen Anteil daran, dass sich die Partei mehr und mehr selbst lähmte und ihr äusserer Glanz in wachsendem Gegensatz zu ihrem tatsächlichen Einfluss stand. Mit der Theorie vom naturnotwendigen Zusammenbruch des Systems täuschte man sich über die eigene Schwäche hinweg. Es mangelte an situationsbezogener Analyse ebenso wie an realistischer Strategie. Je stärker aber der Immobilismus, desto stärker auch die innere Abhängigkeit von jenen Wert- und Verhaltensmustern, die im kaiserlichen

Deutschland vorherrschten. Rückblickend auf die „gutmütige Revolution“ von 1918 wunderte sich Thomas Mann, dass „diese Leute“ Rache nicht kannten – die Fußnote eines ursprünglich konservativen Intellektuellen zu einem Tatbestand, der auch als schlecht gelohnte Biederkeit zu bezeichnen wäre.

Vor dem Hintergrund der ambivalenten, mehrfach gebrochenen Rolle im Kaiserreich wird das sozialdemokratische Kriegs- und Nachkriegsverhalten verständlich. Verständlich wird vor allem, dass es allein des äußeren Anstosses bedurfte, um die deutsche Sozialdemokratie, die Vorhut der – im übrigen weit überschätzten – Internationale, in ihren Grundfesten zu erschüttern. Der Krieg war dieser Anstoss.

Vom 4. August an war die SPD – je länger der Krieg dauerte, desto mehr – innerlich und äusserlich zerrissen. „Die gegenwärtigen Feindseligkeiten der Nationen“, so umschrieb 1916 ein Blatt des Mehrheitsflügels die Situation, „sind ein Kinderspiel, verglichen mit der wahnsinnigen Wut, mit der Sozialdemokraten gegenwärtig einander bekämpfen.“ Ein Jahr später, 1917, vollzieht sich die Spaltung in aller Form. In Gotha, an gleicher Stelle, wo 1875 mit dem Vereinigungsparteitag der stolze Aufstieg der SPD begonnen hatte.

Ob durch die Unnachgiebigkeit des Mehrheitsflügels heraufbeschworen oder nicht – die Gründung der USPD wirkte sich für die deutsche Arbeiterbewegung und die Grundlegung der Demokratie in Deutschland verheerend aus. Die unwiederbringliche Chance von 1918 hätte von einer entschlossenen und geschlossenen, auch noch von einer wiedervereinigten Sozialdemokratie genutzt werden können; nicht aber von zwei sozialdemokratischen Parteien, zwischen denen sich die Fronten noch verhärtet und verfestigt hatten.

War die Spaltung unvermeidlich? Unumgänglich? War sie irreparabel, als sich die Verhältnisse geändert hatten?

In der USPD hatten sich glanzvolle Namen zusammengefunden: von Rosa Luxemburg über Karl Kautsky bis zu Eduard Bernstein, mit einem nicht geringen Teil der proletarischen Basis in wichtigen Städten und Bezirken. Was sie einte, war die Opposition gegen die fast bedingungslose, jedenfalls ohnmächtige Unterstützung der kaiserlichen Kriegspolitik, war das Aufbegehren gegen den offiziellen Parteikurs, gegen den Burgfrieden. Das reichte hin, 1918/19 beträchtliche Massen hinter sich zu bringen. Es reichte nicht hin, Politik zu machen, Geschichte zu schreiben.

Der Wille zum Bruch mit der Vergangenheit war noch lange nicht gleichbedeutend mit dem Willen zur Macht. Die USPD war in sich zerklüftet und nicht in der Lage, sich auf einen gestaltenden Nenner zu einigen: auch sie ein Kind der

Vorkriegs-SPD. Während der linke Flügel eine Räterepublik errichten, die Spartakusleute eine sozialistische Revolution vorantreiben wollten, orientierten sich die Gemässigten am Parlamentarismus; die Räte sollten – ergänzend – eingesetzt werden, um die Demokratie in der Gesellschaft zu verankern. So konnte es nur eine Frage der Zeit sein, bis die USPD zwischen dem sozialdemokratischen Mehrheitsflügel und der späteren KPD zerrieben wurde. Ihr Ausscheiden aus dem Rat der Volksbeauftragten Ende 1918 war Zeichen der Verlegenheit.

Wenn die persönlichen Gegensätze nicht so stark gewesen wären, es hätte Ende 1918 möglich sein müssen, die Partei auf der Grundlage eines realistischen, vorwärts weisenden Programms zusammenzuführen. Ansätze dazu hat es gegeben. Aber vermutlich zählten nicht nur die persönlichen, sondern auch die sachlichen Unzulänglichkeiten.

Man hatte es also mit einer dreifachen Spaltung zu tun. Die eigentliche Scheidelinie verläuft an der Grenze zu Spartakus. Daß sie gezogen wurde, war historisch unvermeidbar. Wohin sich allerdings Rosa Luxemburg gewendet hätte, wäre sie am Leben geblieben – wer vermöchte es zu sagen? Daß die Komintern ihre politische Heimat nicht geblieben wäre, scheint gewiss.

Jener andere Trennungsstrich aber, der mitten durch die deutsche Sozialdemokratie hindurchging, war im wahren Sinne des Wortes verhängnisvoll. Verhängnisvoll in einem kurzen Augenblick, da das Schicksal der deutschen Demokratie in den Händen der Arbeiterbewegung lag. Hier wurde getrennt, was seinem Wesen nach zusammengehörte.

Kein Zweifel: die Weimarer Republik musste nicht schon deshalb untergehen, weil so viele Widersprüche ihr in die Wiege gelegt waren. Kein Zweifel aber auch: Hätte die Sozialdemokratie die Kraft gehabt, die seit 1848 überfällige demokratische Revolution in Deutschland zu vollenden, der Weimarer Republik also solide demokratische Grundlagen zu geben, zum Aufstieg Hitlers hätte es so nicht kommen können.

Die Situation war 1918/19 offen; die Chance zur grundlegenden Umgestaltung gegeben, ohne dass sie von oben und von rechts gekommen wäre. Es hiesse Ursache und Wirkung verwechseln, die Schuld einseitig einem oder beiden Flügeln der Sozialdemokraten anzulasten. Eine Partei, die um die Macht gewusst hätte, sie hätte nicht abgewartet, bis die Reaktion wieder ihr Haupt erheben würde; die hätte sich auch nicht gespalten. Nur: Woher sollte der Machtwille denn kommen? Das Erbe des Kaiserreichs wog zu schwer. Das grosse Ghetto, in dem sich die Partei verfangen hatte, war von heute auf morgen nicht zu durchbrechen.

Woher sollte das Wissen kommen, dass die deutsche Rechte – nach Scheintodmanövern – weder Ruhe geben noch Einsicht aus eigener Kraft zeigen würde? Was objektiv versäumt wurde, mag subjektiv entschuldigt sein. So muss es auch abwegig erscheinen, einem Mann wie Friedrich Ebert historische Gerechtigkeit nicht zuteil werden zu lassen. Zumal niemand bestreiten kann, wie sehr ihn subjektiv die Problematik „Arbeiter und Staat“ beschäftigt hat.

Historische Analogien stecken voller Fallgruben. Man sollte behutsam mit ihnen umgehen. Andererseits ist die Beschäftigung mit wichtigen, gerade auch mit lange Zeit verdrängten Kapiteln der jüngeren deutschen Geschichte kein Selbstzweck, vielmehr Anlass, nach politischen Lehren zu fragen.

Die Spaltung der alten Sozialdemokratie war auch Ausdruck ihrer politischen „Ohn-Macht"; in der Geburtsstunde der ersten deutschen Demokratie hat sich dieser Mangel, auch bei den Handelnden, verhängnisvoll ausgewirkt. Die militante Rechte gab nur Ruhe, solange sie selbst etwas zu befürchten hatte. Sie zahlte der SPD den Mangel an Biss und Entschlossenheit heim, den man ebenso verklärend wie enthüllend als Gutmütigkeit bezeichnet hat; und zwar unmittelbar nachdem diese das Feld räumte. Die Situation heute ist unvergleichlich. In der Bundesrepublik sind seit dem Zusammenbruch von 1945 Voraussetzungen gegeben, die es verbieten, aus den Revolutionsmonaten von 18/19 Handlungsanweisungen gewinnen zu wollen. Es mag nur ein äusseres Zeichen sein, aber es bedeutet wohl doch mehr: die SPD regiert jetzt seit zwölf Jahren; nicht nur in Gemeinden und Ländern, sondern auch im Gesamtstaat. Sie hat unser Land in diesen zwölf Jahren innen- und aussenpolitisch geprägt.

Dies ist kein Zufall. Es hat damit zu tun, daß – anders als nach dem Ersten Weltkrieg – die SPD in der zweiten deutschen Republik einen Kurs eingeschlagen hat, der es ihr erlaubt, auf die Verhältnisse selbst nachhaltig einzuwirken. Sie hat ihren Hang zur Abkapselung überwunden und sich Staat und Gesellschaft gegenüber geöffnet. Es hat zugleich damit zu tun, daß es heute einen breiten demokratischen Konsens gibt. Die Rechte in der Bundesrepublik ist – nehmen wir alles in allem – demokratisch. Darin liegt ein struktureller Unterschied zur Weimarer Republik. Dass es dazu der Katastrophe des Nazismus bedurfte, bleibt eine deutsche Tragödie.

Für die SPD bleibt die November-Revolution ein Lehrstück über verfehlte Macht und über Voraussetzungen, derer es bedarf, um Macht auszuüben.

Die heutige SPD versteht sich nicht als Gesinnungsgemeinschaft, die um ihrer selbst willen da ist. Sie ist angetreten, um etwas zu verändern in der Welt, um

das jeweilige Optimum an Freiheit und Gerechtigkeit für die vielen einzelnen Menschen durchzusetzen. Sie will Verantwortung tragen und ihrem politischen Führungsanspruch gerecht werden. Daß ihr dabei nichts geschenkt wird, hat sie, hoffentlich für immer, gelernt. Es ist eine zweitrangige Frage, daß das Umsetzen der eigenen Vorstellungen oft schwer und der innere Ausgleich oft mühselig ist. Vorrangig bleibt, daß wir von uns aus tun, was wir irgend tun können, um die unter so schweren Opfern errungene Verantwortung für das Ganze nicht aufs Spiel zu setzen. Das ist vermutlich die eigentliche Lehre aus der November-Revolution.

TRAUERREDE FÜR ROSE WOLSTEIN-FRÖLICH GEHALTEN VON WILLY BRANDT AM 12. JANUAR 1988 IM DGB-HAUS IN FRANKFURT AM MAIN*

Seite 1: W. B.

12.1.88: Rose Wolfstein-Frölich

Als verg.[angenen] Frühjahr[55]: gehofft, wir könnten ihr zum 100. Geb.[urts]tag [eine] besondere Ehrung [erweisen]

- + die hätte handeln sollen [vom]: trag.[ischen]Weg der d.[eutschen] Vorkriegslinken, d. h. derer, die sich mit R[osa] L[uxemburg] / K[arl] L[iebknecht] / F[ranz] M[ehring] + Paul Levi (Ffm)für kämpferischen + zugleich freiheitl.[ichen] Soz.[ialismus] eng.[agiert] hatten.
  - > nicht mehr [möglich]
  - > Anruf H[olger] Bö[rner][56]

[Wir] Hatten uns lange nicht gesehen, als ich Max D.[iamant] im Altenheim besuchte + er mich nach angeregtem Gespräch mit zu Rosi nahm.

[Wir] haben noch [ein] Gläschen Wein miteinander trinken können

+ ihr müssen Erinnerungen an alte Tage ~~ebenso~~ noch mehr präsent gewesen sein ~~wie~~ als mir. denn als ich in ihr Zimmer kam, meinte sie: Ach, der W.[illy] + gar keine hübschen Mädchen.

Da hat sie wohl an '38 gedacht – das letztemal, dass wir einander im Exil – in Paris – begegneten.

- da stand ich nicht in dem Ruf, Asket [zu sein], aber das ist lange her
- Unterschriften: Archiv[57]

* Das stichwortartige Manuskript ist überliefert im Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (AdsD WBA).

55 Am 27. Mai 1987 feierte Rosi Wolfstein ihren 99. Geburtstag. Brandt wechselte zwischen „Rosi" und „Rose".

56 Vgl. die Trauerrede von Holger Börner, 18. Dezember 1987: „Bis vor kurzem konnten wir glauben, sie werde das 100. Lebensjahr im Mai 1988 erreichen. Das war auch die Meinung Willy Brandts, der mir gestern noch am Telefon aus Frankreich seine letzte Begegnung mit ihr Anfang dieses Jahres schilderte." (AdsD, WBA, A 3, 1039).

57 Vermutlich ein Hinweis auf den „Aufruf an das deutsche Volk" des Ausschusses für eine deutsche Volksfront vom 21. Dezember 1936, den sowohl – neben vielen anderen – Willy Brandt als auch Rosi Wolfstein (unter dem Pseudonym M. Koch) unterzeichneten. Der Aufruf ist abgedruckt in: Langkau-Alex, Ursula: Deutsche Volksfront 1932–1939, Band 3, Berlin 2005, S. 280–283.

Seite 2: W. B.

Herbst/Sommer '38 standen damals (R.[osi] war erst 50) im Zeichen vielfältiger Gespräche über das, was wir Soz.[ialistische] Konz.[entration][58] nannten

+ was darauf abzielte, mit Blick auf eine Zeit danach an [der] Schaffung einer einheitl.[ichen] dem.[okratisch]-soz.[ialistischen] Partei mitzuwirken

- freilich: jener Herbst '38 (n.[ach] München[59]) machte es für uns auch zur Gewissheit, dass der Welt + dem eig.[enen] Land ein neuer W.[elt]krieg nicht erspart bleiben würde
- + zum anderen unterschätzten wir zweifellos, welches Mass an soz[ial] dem[okratischer] Infrastruktur trotz aller Verheerung erhalten bleiben + wieder präsent sein würde (+ welche Belastung durch Teilung).

Dass die Zukunft nicht im Zeichen einer linkssoz.[ialistischen] Sonderexistenz stehen würde, war uns schon Ende '36 bewusst, als wir zu einer Konferenz in Kattowitz[60] beisammen waren.

- wir, das waren die Vertreter der SAP im Exil + aus verschied.[enen] Teilen des Reichs (wie [es] damals… [hieß])

Seite 3: W. B.

- + Kattowitz, das war Mä.[hrisch] Ostrau [zur] J.[ahres]wende 36/37[61]
- ich selbst kam aus Berlin + ging anschl.[ießend] über Oslo nach Barcelona
- Max D.[iamant][62], den ich in Sp.[anien] ablöste, + ich waren gemeinsam bei Otto B.[auer][63] in Brünn

58 Der am Ende gescheiterte Versuch einer Zusammenfassung der Exilgruppen der SPD (SOPADE) und der anderen sozialistischen Gruppierungen, u. a. der SAP.

59 Das „Münchner Abkommen" vom 29. September 1938 zwischen Deutschland, Frankreich, Italien und dem Vereinigten Königreich, mit dem die Tschechoslowakei gezwungen wurde, das Sudetenland an Deutschland abzutreten.

60 SAP-Parteikonferenz Anfang Januar 1937 in Mährisch-Ostrau, die zur Tarnung als „Kattowitzer" Konferenz bezeichnet wurde.

61 Vgl. Anm. 59.

62 Max Diamant (1908–1992), SAP-Mitglied, 1933 nach illegaler Arbeit Flucht nach Frankreich, Mitglied der SAP-Auslandszentrale, 1936–1937 Parteiauftrag in Spanien, Leiter des deutschen Büros der POUM, 1942–1961 in Mexiko, 1961 Rückkehr nach Deutschland, Tätigkeiten bei der IG Metall.

63 Otto Bauer (1882–1938), österreichischer Sozialdemokrat, Führungspersönlichkeit seiner Partei und ihr wichtigster Theoretiker, 1918-1934 stellvertretender Parteivorsitzender, 1918–1919 Staatssekretär für Äußeres, 1934 Flucht in die ČSR, Leiter des Auslandsbüro der österreichischen Sozialisten, 1938 Flucht nach Frankreich.

o was auch meine These bestätigt dass die Tendenz hin zur Soz.[ialistischen] Konz.[entration] schon damals für uns dominierend [war] Rosi ging das, wenn ich mich recht erinnere, etwas zu rasch

- \+ als ich mich ihrer Meinung nach wohl etwas zu stark in [den] Vordergrund [stellte], meinte sie mit grosser Bestimmtheit: die Zeit, dass die 23-Jährigen das Heft in die Hand nähmen, sei noch nicht gekommen!

› Kein Geheimnis; Gr.[uppen? undsatz?]treue unterschiedl. ausgelegt

- wir sind (mit)einander dann doch mehr als respektvoll umgegangen (freundschaftlich)

\+ ich habe Rosi <u>auch</u> <u>deswegen</u> geschätzt, dass + wie gewissenhaft sie sich um die ~~Kasse uns.~~ Kontrolle der bescheidenen Finanzen [der] P[artei] L[eitung] in Paris kümmerte. ([Ich] sage das als einer, der von dieser Kasse nie abh.[ängig] war, sondern Kleinigkeiten zu ihr beizusteuern vermochte)

Seite 4: W. B.

Wenn ich von SAP spreche: [es gab einen] erhebl.[ichen] Generat.[ionen]knick zwischen den früh.[en] SAJlern (zu denen ich wie Freunde in Ffm + wie Nachkriegs-Frankf. OB[64] [gehörten]) + den Gen.[ossen] aus [der] KPO-Mi[nderheit][65] (zu denen R[osi] W[olfstein] + Paul Fr.[ölich[66] zählten]).

Die Enttäuschungen derer, die (wie [Rosi und Paul]) aus der Vorkriegslinken kamen, wogen noch viel schwerer als die von uns Jüngeren

\+ manchen der bei Kriegsende II gewiss schon Älteren

ist wohl nicht mehr <u>ganz</u> klar geworden, welche <u>Bereicherung</u> sie für die <u>neu</u>begründ.[ete] K.[urt] Sch.[umacher][67] deutsche Soz[ialdemokratie] bedeutet haben, vielleicht noch mehr.

64 Unklar, ob Brandt Walter Kolb, Will Brundert oder Walter Möller meinte.

65 Die Minderheitsgruppe der Kommunistischen Partei-Opposition um Jacob Walcher schloss sich 1931 der SAP an, deren Mitglied auch Willy Brandt war.

66 Paul Frölich (1884–1953), deutscher Sozialist und Journalist, Mitglied der SPD, KPD und KPO und ab 1934 der SAP, 1933 verhaftet, 1934 Emigration nach Frankreich, Mitglied der SAP-Auslandszentrale und neben Jacob Walcher einer der Führer der Partei, 1950 Rückkehr aus den USA nach Deutschland, Beitritt zur SPD.

67 Kurt Schumacher (1895–1952), 1930–1933 MdR (SPD), 1933–1944 bis auf kurze Unterbrechung in Haft, ab Mai 1945 führend an der Reorganisation der SPD beteiligt, 1945–1946 Politischer Beauftragter der SPD für die drei westliche Besatzungszonen, 1946–1952 Parteivorsitzender, 1949–1952 MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

<u>Sie</u> haben, mindestens so sehr wie andere, den Zus.[ammen]hang mit der alten, Bebelschen Partei repräsentiert – mit ihren Schwächen [und] auch ihren Stärken.

[Ich] habe mich immer dagegen gewendet + tue es heute, in der Soz.[ialdemokratie] nach [dem] 2. Weltkrieg allein die Verlängerung der Mehrheitsrichtung aus dem 1. Weltkr.[ieg] zu sehen.

- Die SPD würde sich ärmermachen, wenn sie ihre histor.[ischen] Bezüge ohne Not einengte oder verkürzte.

Seite 5: W. B.

Wir wissen, welche Rolle die Beziehung zu R[osa] L[uxemburg][68] für R[osi] W[olfstein] gespielt hat

- dass Paul Fr.[ölich] ein wichtiges Buch über R[osa] L[uxemburg] geschrieben + ihre Schriften ediert[,]
- dass R[osi] W[olfstein] in Teilen Einfluss genommen [hat] auf die grosse Biogr.[aphie] von Prof. [Peter] Nettl[69] über R[osa] L[uxemburg] + wenn R[osi] unter uns wäre, würde uns dies noch einmal zu der Frage führen, welches wohl der Weg von R[osa] L[uxemburg] gewesen wäre, hätten nicht die Mörder vom Hotel Eden im Jan.[uar] `19 ihr Leben (wie das von K[arl] L[iebknecht])[70] abrupt enden lassen.

[Ich] Kann mir schwer vorstellen, dass sie Harvard-Prof.[essorin] geworden wäre (obwohl sie es mit viel Glanz hätte sein können) auch nicht leicht vorzustellen, dass sie – wie ihr Anwalt + Freund Paul L[evi][71] – ziemlich bald den Weg zur alten Partei[72] gefunden hätten – wobei zu bedenken [ist], dass P[aul] L[evi] 1930 [bereits verstorben ist].

68 Rosa Luxemburg (1870–1919), deutsch-polnische Politikerin, bis 1916 SPD, dann Mitbegründerin des Spartakusbundes und der KPD, 1919 ermordet.

69 John Peter Nettl (1926–1968), Historiker und Publizist, 1936 Emigration von Österreich nach England, Mitarbeiter beim Britischen Militärgeheimdienst während des Zweiten Weltkrieges, Professur in Cambridge und an der University of Pennsylvania. J. Peter Nettl, Rosa Luxemburg, 2 Bde. Oxford 1966.

70 Karl Liebknecht (1871–1919), deutscher Politiker (bis 1916 SPD), lehnte 1914 die Kriegskredite ab, Mitbegründer des Spartakusbundes und der KPD, 1919 ermordet.

71 Paul Levi (1883–1930), deutscher Politiker, enger Vertrauter von Rosa Luxemburg, 1919 KPD Vorsitzender, 1921 Parteiausschluss, danach Rückkehr zur SPD, dort einer der geistigen Köpfe der Parteilinken.

72 Gemeint ist die SPD.

Seite 6: W. B.

ganz sicher fühle ich mich allerdings in der Bewertung, dass sie nicht in der Komintern geblieben wäre (die sie nicht wollte).

+ dass sie es auch in der KPD, wie sie sich entwickelte, nicht einmal das [erste] Jahrzehnt ausgehalten [hätte], das sie [= Rosi] + P[aul] Fr[ölich]+ A[ugust] E[nderle][73] + J[acob] W[alcher][74], JoLa [= Joseph Lang][75] [zwei Wörter unleserlich durch Lochung] + andere dabei (blieben) in der Hoffnung, eine Fehlentwi[cklung] doch noch ~~aufhalten~~ umkehren zu helfen.

Meine Meinung ist, dass die alte Linke (vor `14 und danach) in vielem, wenn auch nicht in allem recht hatte

- dass [es] aber [ein] grosser Irrtum [war], zu meinen[,] `18-19 stünde der Soz.[ialismus] auf der T[ages]O[rdnung]
- goldrichtig bleibt jed.[en]falls die Koppelung von kämpferischen + freiheitl.[ichen] soz. [ialistischen] Impulsen im Denken von R[osa] L[uxemburg] + denen… .
- (richtiger Irrtum von Augstein[76], R[osa] L[uxemburg] habe freie Mein.[ungs]äusserung nur für Anhänger der eig.[enen] Partei [gelten lassen][77] – hier eine Grunddiff.[erenz] zu Lenin[78])

73 August Enderle (1887–1959), Metallarbeiter, Journalist und Parteifunktionär der KPD, KPO und SAP, ab 1933 im Exil, 1934–1945 in Schweden, 1945 Rückkehr nach Deutschland, Beitritt zur SPD, Redakteur verschiedener DGB-Zeitschriften.

74 Jacob Walcher (1887–1970), Metallarbeiter und Parteifunktionär (KPD, KPO, SAP), 1933 Emigration nach Frankreich, Leiter der Auslandszentrale der SAP, 1940 Emigration über Spanien nach Portugal in die USA, 1946 Rückkehr nach Deutschland (SBZ), Eintritt in die SED, 1947–1951 Chefredakteur des FDGB-Organs Tribüne, 1952 Ausschluss aus der SED, 1956 Rehabilitierung und Wiederaufnahme in die SED.

75 Joseph Lang (1902–1973), ungarisch-österreichischer Buchhändler, Mitglied der KPD und SAP, Mitglied der Reichsleitung und des Auslandsbüro der SAP, 1934 nach Haftentlassung Emigration (ČSR, Frankreich und 1940–1950 USA), 1950 Rückkehr nach Deutschland, Mitglied der SPD.

76 Rudolf Augstein (1923–2002), Journalist, 1947 Gründer und ab dann Herausgeber von Der Spiegel, 1972–1973 MdB (FDP).

77 Vgl. DER SPIEGEL 44/1987, 26.10.1987: „SOLSCHENIZYN: […] Ich wende mich nur dagegen, den Pluralismus dadurch zu beschränken, daß man erklärt, bitte schön, innerhalb eines festgegebenen Rahmens darf Pluralismus herrschen, über diesen Rahmen hinaus aber nicht." „AUGSTEIN: Das war Rosa Luxemburgs Position. Ja Freiheit des Andersdenkenden – aber nur innerhalb der Partei – keine Freiheit für Nichtkommunisten." https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13526566.html.

78 Wladimir Iljitsch Lenin (1840–1924), russischer Politiker, Gründer und Führer der Bolschewiki, ab 1917 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare.

Seite 7: W. B.

Wenn wir uns an R[osi] W[olfstein] erinnern, sollten wir dieses Luxemb.[urgsche] Erbe immer wach(zu)halten suchen

+ (uns) gleichzeitig klarmachen, wieviel ärmer D[eutsch]l[an]d + die deutsche A[rbeiter]B[ewegung] dadurch geworden sind, dass die Nazis uns durch ihre Vernichtung fast ganz um den Nachwuchs von Soz.[ialisten] jüd.[ischer] Herkunft brachten.

Ich sage dies in grosser Hochachtung vor einer verdienten Soz.[ialistin], Soz[ial]dem[okratin] sehr eig.[ener] Prägung: Rose W[olfstein]-Fr[ölich].

ROSA LUXEMBURG: SIEBEN JAHRZEHNTE NACH IHREM TOD

VORTRAG VON WILLY BRANDT AM 19. APRIL 1988 IM SÜDDEUTSCHEN RUNDFUNK IM RAHMEN EINER SENDEREIHE „PORTRÄTS ZUR DEUTSCH-JÜDISCHEN GEISTESGESCHICHTE“*

Die radikale Sozialistin aus Warschau, die in Kaiser Wilhelms Deutschland Berühmtheit erlangen sollte, hat im Lauf der sieben Jahrzehnte, die seit ihrem gewaltsamen Tod vergangen sind, immer wieder für Streitigkeiten herhalten müssen. Häufig wurde ihr Name missbraucht. Nicht selten sind von ihm aufrüttelnde Wirkungen ausgegangen. Oder auch Kontroversen, die aus dem Rahmen fielen.

Ich rechne damit, dass manche Hörerin, mancher Hörer fragen mögen, ob Dr. Rosa Luxemburg, zweifelsfrei, in eine Sendereihe gehört, die von deutsch-jüdischer Symbiose handelt. Gewiss, sie kam aus Russisch-Polen – wie man damals sagte –, die Abiturientin, die, nicht ganz neunzehn, zum Studium nach Zürich ging. Von dort ist sie ein knappes Jahrzehnt später nach Berlin übergesiedelt. Und dort brachte es, im Januar 1919, eine sonst für feiner gehaltene Zeitung über sich, ihr die Schlagzeile nachzurufen: „Man schlug die Galizierin tot.“

Als ob sie nicht ihre erwachsene Existenz in deutscher Kultur zugebracht hätte! Nicht allein, aber vor allem in dieser. Als ob sie nicht ein Deutsch zu schreiben wusste, um das die meisten ihrer Widersacher und Verfolger sie hätten beneiden können!

Im Übrigen ist überliefert, auch ihr Polnisch habe Kraft und Schönheit ausgestrahlt; das wurde im Elternhaus gesprochen. Sicher war sie im Russischen und Französischen, und ihr Englisch war nicht schlecht. Die Gebildeten jener Zeit vor dem Ersten Weltkrieg – auch die von unten kamen – begriffen, dass Sprachkenntnisse kulturellen Reichtum bedeuten. Und gelegentlich hat man ja auch in unserem Jahrhundert noch erfahren dürfen, was das völlige Zuhausesein in mehr als einer Sprache bedeuten kann.

Die Largesse des vorigen Jahrhunderts haben wir nicht wieder erreicht. Auch nicht jenes Mass an Toleranz, das sich gegen Banausentum und Schlimmeres gut zu behaupten wusste. Machen wir uns, bitte, bewusst: Nach einigen Jahren

* Dieser Betrag ist mit Annotationen abgedruckt im Editionsband „Willy Brandt – Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte“, herausgegeben und eingeleitet von Klaus Schönhoven (Willy-Brandt-Dokumente, Band 2), S. 195 ff.

in Zürich kommt da eine junge polnische Jüdin nach Berlin, und wenige Monate später bereits ergreift sie – als Delegierte! – auf einem deutschen Parteitag das Wort. Gewiss, der Parteiführung war sie nicht unbekannt, aber immerhin.

In den kommenden Jahren fehlte es dann nicht an Gelegenheiten, bei denen sie deutsche Anliegen vor einem polnischen Publikum, polnisch-russische Vorhaben in deutschen Gremien zu vertreten hatte. Ihr Vaterland, hielt sie einmal einem Vertreter der Wilhelminischen Justiz entgegen, sei grösser als das seine – es bestehe aus der grossen Masse der arbeitenden Männer und Frauen.

Kein Zweifel: ihr Verhältnis zum jüdischen Erbe blieb ambivalent; sie würde sich eher als jüdische Sozialistin denn als sozialistische Jüdin registriert haben lassen. In Deutschland bezeichnete sie sich gelegentlich als Auch-Polin und ergänzte: für das Ghetto gebe es keinen Sonderwinkel in ihrem Herzen. Mit der jüdischen Arbeiterpartei des „Bund“ wusste sie nichts anzufangen.

Die Familie, aus der sie kam, war, was man „assimiliert“ nannte; die Mutter aus alter Rabbiner-Familie. Die Feiertage wurden wie selbstverständlich beachtet, und die Kinder nahmen am Religionsunterricht teil. Das kleine Mädchen erfuhr hautnah, was ein Pogrom bedeutete. Und man kann davon ausgehen, dass antisemitische Demütigungen vor Ort dazu beigetragen haben, sie schon als Schülerin ins revolutionäre Lager zu drängen.

Wir wissen, dass sie gelegentlich jiddische Ausdrücke benutzte, auch mal einen jüdischen Witz erzählte. Victor Adler, den Führer der österreichischen Sozialdemokraten und Freund August Bebels, nannte sie in ihren Berliner Jahren, als sie sich wegen polnischer Dinge über ihn geärgert hatte (und er über sie) in grosser Unbefangenheit einen „arroganten Jud’“. Der dachte über sie nicht freundlicher.

Die Frau, von der hier die Rede ist, und die in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zu einer der Spitzenpersönlichkeiten der europäischen Linken wurde, kam aus einer Familie, die materiell nicht sonderlich gesichert war; der Vater handelte ohne grossen Erfolg mit Holz. Rosalie war zwei oder drei Jahre alt, als die Familie nach Warschau zog; mit achtzehn zog es sie – nachdem sie an einer illegalen Gruppe teilgehabt hatte – in die Fremde. In der Schweiz kümmerte sie sich nicht nur um ihr glänzend abgeschlossenes Studium, sondern sie geriet auch mitten hinein in die Wahrheitssuche und den Meinungsstreit der polnischen und russischen Exilsozialisten. In ihren Worten: Die „verborgene Hälfte“ ihres Doppellebens habe der polnischen Bewegung gehört. 1897 wird sie mittels Scheinehe Passdeutsche: Frau Lübeck. Das gehört zum Vorbereiten ihrer Übersiedlung. Ab Frühjahr ’98 lebt sie im Deutschen Reich.

Nach kaum fünf Monaten, ich deutete es an, war sie – mit oberschlesischem Mandat – auf einem Parteitag der SPD; es war der Stuttgarter von 1898. Hannover 1899 und Mainz 1900 schlossen sich an. Sie lässt sich nicht lange bitten, wenn es darum geht, sich in den Diskussionen zu Wort zu melden. Sie fühlte sich in politischen Dingen nicht gehemmt und konnte ihren Tatendrang sprudeln lassen. Die Arbeiterbewegung bot ihr vielfache Möglichkeiten der Entfaltung und Chancen der Bewährung. Mit führenden Mitgliedern der deutschen Sozialdemokratie trifft sie früh zusammen – „hie und da" auch mit dem Parteivorsitzenden, wie sie ihrem vertrauten Freund nach Zürich berichtet. Sie fühlt sich umworben, von Bebel abwärts. Der ist offensichtlich von ihr fasziniert, zwischendurch dann auch enttäuscht.

Schon in ihrem ersten Jahr, als Mitchefin an der Parteizeitung in Dresden, hält sie es dort nicht viele Wochen aus. Ähnlich geht es einige Jahre später in Leipzig, dann auch beim „Vorwärts" in Berlin. Etwas Unstetes haftet ihr an.

In die Schweiz schreibt sie, sie wolle – in der deutschen wie in der polnischen Bewegung – Idealistin bleiben und fügt hinzu: „Das bedeutet natürlich nicht, dass ich die Rolle eines tugendhaften Esels spielen will, der für andere arbeitet." Nein, ihr Selbstbewusstsein ist gewiss nicht unterentwickelt. Und es gehört nicht viel dazu, dass sie sich den Ruf eines intransigenten, streitbaren – manche sagen: streitsüchtigen – „Frauenzimmers" einhandelt. Ihr heiliger Zorn verträgt sich nicht leicht mit einer ungemein empfindlichen Seele, und die versucht sie zu behüten.

Rasch hat sie sich als eine Rednerin und Publizistin von leidenschaftlicher Sprachgewalt entpuppt. Weggefährten schilderten sie als die kleine, leicht behinderte Person mit grossen, leuchtenden Augen – „Bescheidenheit und Güte" hätten sie ausgestrahlt. Auch wer ganz auf die Zeugnisse anderer angewiesen ist, vermag nachzuempfinden, dass es ein weiter Spannungsbogen war, der diese Persönlichkeit kennzeichnete: zwischen Härte und Zärtlichkeit; ein ungestümes sachliches Engagement gepaart mit Widerwillen gegen geistige Enge; eindrucksvolle Appelle an die Vielen, aber individuelle Furcht vor der Menge; wissenschaftliches Denken gemischt mit künstlerischen Neigungen. Ja, man sagte ihr „kindliche Freude am Schönen" nach, und zeigte sich angetan oder überrascht, von ihrem sachkundigen Interesse nicht nur an Literatur und Musik, sondern auch an Tierkunde und Botanik. Ihr wurde und wird also überhaupt nicht gerecht, wer sie allein als ein politisches Wesen einstufen wollte.

Die „polnische Bewegung", von der im Brief an den Freund in Zürich die Rede war: dabei handelte es sich um den Zusammenschluss von ein paar hundert jungen Revolutionären, die sich „Sozialdemokratie des Königreichs Polen" (ab 1900 auch Litauens) nannten. Durch die Mitarbeit in dieser Gruppierung ist sie häufig zugleich mit gesamtrussischen Angelegenheiten befasst. Während sie in der deutschen Sozialdemokratie Ansehen und Einfluss gewinnt – und gewiss auch manche Kritik herausfordert –, profiliert sie sich, mehr noch auf der polnisch-russischen denn auf der deutschen Schiene, als eine führende Persönlichkeit der Sozialistischen Internationale.

Noch in der Schweiz, auf einem Kongress im Jahre 1893, wirbt sie mit viel Engagement, aber ohne Erfolg, um die Mitgliedschaft ihrer Gruppe in der Internationale. Drei Jahre später, in London, hat sie, haben ihre Freunde mit ihr, Erfolg. Aber zur Sicherheit hatte sie sich – das ging damals – neben der polnischen, auch mit einer deutschen Vollmacht ausgestattet. Dann wurde sie, und blieb es bis zum Kriegsausbruch, Mitglied des Internationalen Sozialistischen Büros. Die Teile der Internationale hingen viel enger zusammen, als dies später der Fall war und sein konnte. Sie, die Luxemburg, ging auf mehr als einen Kongress mit mehr als einem Mandat. Bei Ignaz Auers, des bedeutenden Parteisekretärs Begräbnis sprach sie für die gesamt-russischen Sozialdemokraten, auf dem Londoner Kongress der Russen vertrat sie neben ihren Polen zugleich die SPD.

Die Zeit war toleranter, der Nationalismus weniger giftig, der Antisemitismus nicht sehr militant – jedenfalls wollte es so scheinen, und weder die Liberalen noch die Sozialdemokraten waren des Gegenteils verdächtig. Und doch, die junge Akademikerin, die von draussen kam, musste, schon zu Beginn ihrer Berliner Existenz, mancherlei giftige Stichelei über sich ergehen lassen. Auf dem Mainzer Parteitag wurde von konkurrierender, polnisch-sozialistischer Seite das Stichwort vom „Fräulein Luxemburg" oder „Fräulein Rosa" unter die Leute gebracht. Auf dem Lübecker Parteitag 1901, polemisierten einige gegen einen gewissen „männlichen und weiblichen Zugang aus dem Osten", sogar von missbrauchter Gastfreundschaft war die Rede. Ein nicht unbekannter Delegierter wollte bald einen Zusammenhang mit anwachsendem Antisemitismus unterstellen. Und in einem Gewerkschaftsblatt wurde die „Frau Luxemburg" aufgefordert, sie möge doch nach Russland zurückgehen und ihren revolutionären Eifer dort befriedigen.

Bis zu ihrem Ende war die Zeitspanne nicht weit, aber es war ein langer Weg. Ihre erste Aufgabe in Posen und Oberschlesien hatte damit zu tun, Stimmen polnischer Arbeiter für sozialdemokratische Kandidaten zum Reichstag gewinnen

zu helfen. Es gab, was den meisten nicht mehr geläufig ist, 3 1/2 Millionen Polen im Reich, nicht nur im Osten, auch in Berlin, im Ruhrgebiet und an anderen Standorten der Industrie, die hinter billigen und bescheidenen Arbeitskräften her waren. Für die Parteiführung in Berlin, oder deren grösseren Teil, waren die Luxemburg'schen Aktivitäten willkommen. Sie beherrschte die Sprache und sagte, sie fühle sich in den Ostprovinzen wohl. Auch warb sie nicht allein um Stimmen, sondern ihr Bestreben ging dahin, polnische Arbeiter in die deutsche Partei einzugliedern.

Dazu brauchte sie sich nicht zu verbiegen. „Ihre" politisch-litauische Partei war nicht auf der Seite derer, die unbedingt auf einen polnischen Nationalstaat aus waren. Erstens meinten jene jungen Revolutionäre, der Klassenkampf sei der Schlüssel zur Befreiung, möglichst wenig dürfe davon ablenken. Und zum anderen meinten sie, wenn das Russische Reich radikal umgemodelt werde und eine freiheitliche Verfassung erhalte, brauche damit für Polen nicht völlige Unabhängigkeit verbunden zu sein – Autonomie, also Selbstverwaltung, könnte sich als zweckmäßig erweisen. Doch nicht diese Kontroversen sind es, an die man heute denkt, wenn die Aufmerksamkeit auf den Namen Luxemburg gelenkt wird.

Man denkt vielmehr an ihre prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten mit Lenin – Freiheit für die Meinung der Andersdenkenden! – und auch an ihre Rolle in jener deutschen Krise Ende 1918, die eine Revolution genannt wurde und doch mehr ein Zusammenbruch blieb – freilich mit dem Übergang zur Republik –, als zu einer grundlegenden Erneuerung führen zu können. Dabei zeigt ihr eigenes Verhalten, wie schwer ihr realpolitische Erwägungen fallen, und wie wenig dieser Mangel sich durch Idealismus und Emotion beheben lässt.

Sie sass – als Schutzhäftling – in einem Breslauer Gefängnis und wurde am Abend des 8. November entlassen. Am 10. war sie in Berlin und traf ihre Freunde von der Spartakus-Gruppe, die sich – wie sie selbst – in schroffem Gegensatz zu den Mehrheitssozialdemokraten um Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann fanden, und zunehmend auch mit den „Unabhängigen", die sich wegen der Haltung zum Krieg selbständig gemacht hatten, überquer waren. Aus der Sondergruppe wurde – links aussen – eine neue Partei. Was aus der im Verlauf der Weimarer Republik geworden ist, gehört nicht in diesen Zusammenhang. Ob Frau Luxemburg es dort lange ausgehalten hätte, darf in hohem Maße bezweifelt werden.

So schroff sie im Übrigen zu formulieren verstand, so abwägend erschien sie in Fragen organisatorisch-politischer Trennung; auch der Entschluss, eine neue

Partei zu gründen, war nicht nach ihrem Geschmack. Und während sie öffentlich die Rolle der Tribunin nicht scheute, lebte sie sehr zurückgezogen und diskret.

Doch ein Leben in Askese oder wie eine politische Nonne war das durchaus nicht. Erst im vorigen Jahr ist, glänzend dokumentiert, im anspruchsvollen Milieu um Boston eine persönliche Biographie erschienen, in der nachdrücklich die Vermutung bestätigt wird, dass ihre Kraft zur Liebe nicht weniger stark ausgeprägt war als ihr Verlangen nach sozialer Befreiung. Politisches und persönliches Glück sollten für sie nicht nur vereinbar sein, sondern sie fragte andere und sich selbst, wie wohl ein besseres Leben für die vielen verwirklicht werden sollte, wenn sich nicht der Weg dorthin menschlich gestalte. In einem Weihnachtsbrief aus dem Gefängnis 1916 können wir nachlesen: „Mensch sein ist vor allem die Hauptsache." Und ein paar Monate später: falsch sei es, nur an einen Punkt denken zu sollen (sie meinte die Parteimisere): man müsse „jederzeit als Mensch leben". Es gibt Briefe, die zeugen von noch viel mehr Leidenschaft – oder auch Illusion. Am Rande bemerkt: Sie war ausgesprochen häuslich und galt, bei aller räumlichen Enge, als exzellente Gastgeberin.

Als „eine der grossen Liebesgeschichten des Sozialismus" ist – durch ihren wichtigsten politischen Biographen – das über weite Strecken tragische, quälerische Verhältnis zwischen Rosa Luxemburg und Leo Jogiches bezeichnet worden. Er kam aus wohlhabender jüdischer Familie in Litauen, seine Muttersprache war Russisch. Dass er von Hause aus etwas Geld hatte, kam auch ihr zugute; mit den zehn Rubeln, die sie von Zeit zu Zeit geschickt bekam, waren grosse Sprünge nicht zu machen. Von den beiden war sie die geistig, nicht nur publizistisch, überlegene – er blieb der Dominierende, galt als ein organisatorisches Genie, neigte auch in persönlichen Dingen zum Diktat.

In Zürich lebten die beiden wir in einer Ehe, wenn auch nicht in einer Wohnung. In ihrer ersten Berliner Zeit kam er gelegentlich auf Besuch, oder sie gingen auf Reisen in den Süden. Dann übersiedelte er, und sie blieben zusammen, bis die russische bzw. polnische Revolution sie trennte. Auch damals, in Warschau, wohnten sie in räumlicher Nähe zueinander. Eigentlich war nicht die Revolution zwischen sie geraten. Auch nicht, wie man lange annahm, dass nicht er allein für sie da gewesen war; es war wohl sie, die ihm ein auf Berlin zurückgehendes Geständnis zu machen gehabt hatte.

Luxemburg und Jogiches: in der Arbeit – und in der Sorge um den anderen – blieben sie eng verbunden. So auch, als sie während des Krieges eingesperrt war und er die illegale Leitung des Spartakus-Bundes übernahm. In den letzten

Berliner Wochen arbeiteten sie wieder einander ergänzend, und ihr Schicksal wurde das seine – kaum zwei Monate vergingen, bis man auch ihn in Berlin zu Tode gebracht hatte.

Die beiden waren – anders als der ungestüme Kampfgefährte Karl Liebknecht – voller taktischer Bedenken, als sie sich auf dem Weg zur isolierenden Eigenständigkeit in den Berliner Revolutionswirren gedrängt sahen. Ihr Gegensatz zu den Führern der alten Partei hatte sich freilich bis zu hasserfüllten Beschimpfungen gesteigert. Ein wirklichkeitsnahes Programm stand ihnen nicht zur Verfügung. Allen Ernstes und mit Nachdruck vertrat Rosa Luxemburg die Meinung, auf Mindestforderungen – etwa auf dem Gebiet der Demokratisierung – könne jetzt überhaupt verzichtet werden; der Sozialismus sei – so wörtlich – „das Minimum, das wir heute durchzusetzen haben". Nicht zum ersten-, auch nicht zum letzten Mal zeigte sich bei einer solchen Gelegenheit, wie rasch mangelndes Realitätsbewusstsein und eine aggressive Sprache einander ergänzen können.

Aber, die andere Seite der Medaille: Einem spezifisch russischen Revolutionsmodell wollte sie sich nicht unterwerfen. „Die Bolschewiki mögen mit ihrer Taktik zu Hause bleiben, wir brauchen keinen Kommissar", beschied sie in der ihr eigenen Offenheit jenen Karl Radek, der vor dem Krieg – wie sie – in Deutschland gewirkt und den Lenin jetzt als seinen Emissär nach Berlin geschickt hatte. Radek stammte – wie sie – aus Polen, er hatte sich wie die Luxemburg – erst in Nähe zu, dann im Streit mit ihr – in der SPD betätigt. Dann spielte er in Moskau, nicht zuletzt in deutschen Angelegenheiten, eine gewisse Rolle. Später sollte er zu den Opfern des stalinistischen Terrors gehören. (Kürzlich in Moskau hörte ich von seiner späteren Rehabilitierung.) Luxemburg und Lenin – das war eine Geschichte voller Spannungen, unterbrochen durch zeitweise Bündnisse, während einer Reihe von Jahren unter dem weit gespannten und dabei durchlässigen Dach der allrussischen Sozialdemokratie. Rosa Luxemburg hatte schon vor der Revolution von 1905 gegen Lenins zentralistisches Organisationsprinzip opponiert. Für sie war Fortschritt der Menschheit nur durch demokratische Entfaltung denkbar, nicht durch Gängelung, sondern durch Mitwirkung der Massen, an deren spontane Kraft und schöpferischen Geist sie glaubte. Die Sozialdemokratie dürfte, so meinte sie, mit der Arbeiterklasse nicht nur „verbunden", sondern müsse deren eigene Bewegung sein. Sie müsse sich frei entfalten können und sollte nicht durch „Berufsrevolutionäre" gelenkt werden. Die Luxemburg setzte mehr auf die freie Entfaltung von Klassenbewusstsein, als auf eine noch so perfekte Parteiorganisation. Spontaneität war für sie so etwas wie ein Zauberwort. Allzu oft und allzu lange ist dabei übersehen worden, dass ihre Vorstellung von Sozialismus eine ethische Dimension hatte, die mit eingefahrenen marxistischen Schemata – und zumal mit Lenins Vorstellungen – nicht leicht auf einen Nenner zu bringen war. Hundertmal lieber war sie Aussenseiterin als Nachbeterin.

Nicht erst 1917/18, sondern schon während der Revolution von 1905/06 plädierte sie für offene Kritik als Element eines unverzichtbar regen geistigen Lebens – dies sei die Lebensluft einer modernen Arbeiterbewegung, jede Zwangsherrschaft werde zur Demoralisierung führen. Freilich vermittelt dieser Teil der Kritik einen unvollständigen Eindruck von den Gegenständen, um die im Übrigen gestritten wurde. Von „links", wenn man so will, griff sie die Bolschewiki an, weil sie meinte, diese würden den Bauern zu weit entgegenkommen und zu Lasten der Arbeiter eine neue besitzende Klasse entstehen lassen. In der Frage der nationalen Minderheiten nahm sie die am Fall Polen abzulesende Haltung ein – in der irrigen Annahme, Lenins Partei meine es ernst mit der Forderung nach nationaler, auch nationalstaatlicher Selbstbestimmung.

Zu den Bolschewiki waren ihre Beziehungen nicht gleich bleibend gespannt gewesen. 1904 etwa hatte sie versucht, zwischen den beiden Hauptrichtungen der russischen Sozialdemokratie, von denen die Menschewiki die besseren Kontakte zur SPD hatten, unparteiisch zu vermitteln. 1907, auf dem internationalen Kongress in Stuttgart, kommt sie auf Lenins Vorschlag, als eines der beiden „russischen" Mitglieder, in die Redaktionskommission, die über die Haltung zum befürchteten grossen Krieg berät. Einige Jahre später war man wieder heillos zerstritten. Im Herbst 1914 hätte ein Kongress der Internationale in Wien stattfinden sollen; dort wollte sie erneut an einer Einigung der russischen Sozialdemokratie mitwirken, und es fehlte ihr nicht an Zutrauen, sich gegen „Lenins Starrsinn" durchsetzen zu können.

Bei allem Streit hat sie die Sache der russischen Revolution als ihre eigene empfunden. Und der westlichen Arbeiterbewegung, zumal der deutschen, warf sie Versagen vor. Ihre Kritik am russischen Geschehen hat sie durch den Hinweis abgeschwächt, dass die Unterdrückungen, zu einem wesentlichen Teil, als ein Phänomen der Isolierung zu verstehen seien: im russischen Terror spiegele sich die Schwäche der europäischen Arbeiterklasse. Ins Positive gewendet: ein Vorausschreiten der europäischen Revolution werde im Osten neue, günstigere Bedingungen schaffen.

Diese Erwägungen änderten jedoch nichts an ihren grundsätzlichen Einwänden gegen die terroristischen Charakteristika der russischen Vorgänge; Lenins

und Trotzkis Methoden nannte sie „katastrophal“. Im Zentrum der Kritik stand die für sie unbestreitbare Tatsache, dass ohne freie Presse, und ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben, die Herrschaft breiter Volksmassen völlig undenkbar sei. Hierauf folgt dann der berühmte Doppelsatz: „Freiheit nur für Mitglieder einer Partei, mögen sie noch so zahlreich sein, ist keine Freiheit – Freiheit ist immer nur Freiheit des Andersdenkenden.“ Und weiter: Demokratie auszuschliessen, bedeute, die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts abzusperren; die Bürokratie zum allein tätigen Element werden zu lassen, heisse, eine Diktatur über das Proletariat zu errichten. (Mir ist schwer verständlich, wie hieraus mal von einer, dann von einer anderen Seite abgeleitet werden konnte, für Nichtkommunisten habe sie keine Freiheit gewollt.)

Mit Artikeln über die russische Revolution – aus dem Gefängnis und für die Spartakus-Briefe – hatte sie im Frühjahr 1917 begonnen. Im Sommer 1918 wollte sie auf diesem Wege die Bolschewiki öffentlich und schärfer kritisieren. Die politischen Freunde baten sie, dies nicht veröffentlichen zu müssen. Aber sie schrieb weiter, und aus dem unvollendeten Manuskript hat Paul Levi eine viel beachtete Broschüre gemacht – 1922, als er nicht mehr der Parteidisziplin unterlag.

Wie wenig die subjektiven Bedingungen in Deutschland für den Umbruch, der ihr vorschwebte, reif waren, sollte sie in Berlin auf schmerzliche Art erfahren. Die Revolutionsgesinnten, von denen sie so viel erhofft hatte, waren erstens in der Minderheit, und verfügten zweitens auch – wie sie selbst – nicht über hinreichend klare Vorstellungen von dem, was zu geschehen habe. Die Delegierten, die – im Gebäude des Preussischen Landtags – zur Jahreswende 1918/19 den Spartakus-Bund zur Partei werden zu lassen beschlossen, stimmten jedoch zu: Nur dann wolle man die Macht übernehmen, wenn die Unterstützung durch eine breite Mehrheit der arbeitenden Massen gesichert sei. Genau dies war aber beim Berliner Januaraufstand nicht der Fall. Den hatten auch nicht die Kommunisten ausgerufen, doch sie meinten, sich davon nicht distanzieren zu können.

Wäre es nach Luxemburg gegangen, hätte übrigens die neue Partei die Bezeichnung „sozialistisch“, nicht „kommunistisch“, getragen. Von ihr stammte auch noch die Instruktion an den deutschen Delegierten, der zu der von den Russen einberufenen Konferenz reiste, gegen die Gründung einer Kommunistischen Internationale zu stimmen; sie sah voraus, dass eine völlige Abhängigkeit von der Moskauer Zentrale eintreten würde. Der KPD-Vertreter, schwer in die Mangel genommen, enthielt sich immerhin der Stimme; dies konnte aber nichts

daran ändern, dass Lenins Mitarbeiter die internationale Arbeit so in die Hände nahmen, wie es dort für richtig gehalten wurde.

Die eigentliche Niederlage Luxemburgs auf dem Gründungsparteitag der KPD bestand darin, dass mit 62 zu 23 Stimmen beschlossen wurde, sich an den Wahlen zur Nationalversammlung nicht zu beteiligen. Ihr erschien dies wie der „Sieg eines etwas kindlichen, unausgegorenen, engstirnigen Radikalismus“. Leo Jogiches – noch mehr alarmiert –, gab zu bedenken, den Entschluss zur Parteigründung auch jetzt noch rückgängig zu machen; aber der Zug war abgefahren.

Ihre radikalen, linkssozialistischen Positionen um die Jahrhundertwende und nach 1905 waren nur bedingt mit jenen Auseinandersetzungen verbunden, in die sie sich gegen Ende ihres Lebens hineingestellt sah.

Ende der neunziger Jahre handelte es sich – wie so oft im Leben und nicht nur in der Politik – nicht allein um den Inhalt, sondern auch die Form einer Auseinandersetzung – in diesem Fall mit den Thesen jenes Eduard Bernstein, der während des Antisozialisten-Gesetzes das ins Reich hineingeschmuggelte Parteiblatt redigierte. Und der, als das in Zürich nicht mehr ging, nach London übersiedelte, begleitet durch einen unterschwelligen – wie man meinte: wenig gefährlichen – Antisemitismus, der auch der jungen Arbeiterbewegung nicht fremd war. Er konnte erst zurückkehren, als ihm preussische Strafverfolgung nicht mehr drohte. Beeinflusst durch englische Erfahrungen, machte er in diversen Artikeln, aus denen eine Schrift wurde, auf Irrtümer und Unzulänglichkeiten Marx’scher Prognosen aufmerksam: die zunehmende Verelendung, das allgemeine Verschwinden des Kleinbetriebs, um zwei Beispiele zu nennen. Die Partei solle sich, so seine Meinung, von überholter Phraseologie befreien; Reformen seien wichtiger als das so genannte Endziel.

Nicht gleich, aber doch ziemlich bald meinte die Parteiführung (oder liess sich einreden), es sei schwere Gefahr im Verzug: Wenn die Doktrin ins Wanken gerate, sei das ganze Gebäude bedroht; das Ideal könnte Schaden nehmen. Reformismus – in Süddeutschland besser florierend als in strenger preussischer Luft – und Revisionismus, wurden zusammengerührt, und auf einem Parteitag nach dem anderen verurteilt oder verdammt. (In London hatte der alte Friedrich Engels im Vorfeld auch nicht versäumt, Öl ins Feuer zu schütten; mit Aufforderungen zu reinigender Spaltung war er schon in vorausgegangenen Jahren rasch bei der Hand gewesen.)

Rosa Luxemburg griff im Herbst 1898 – also kaum dass sie sich in Berlin niedergelassen hatte – zur Feder und liess es an polemischer Schärfe nicht fehlen.

Aus sieben Artikeln in der Leipziger Volkszeitung wurde ebenfalls eine Broschüre: „Sozialreform oder Revolution“. Aus der Parteiführung erfuhr sie manche Ermunterung. Auch mit Karl Kautsky, dem sozusagen „Parteipapst“, war sie in jenen ersten Jahren freundschaftlich verbunden; ohne sie hätte er vermutlich weniger scharf auf den mit ihm befreundeten Bernstein reagiert. Sie polemisierte nach der Melodie: Bernstein führe in die Bewegung den „bürgerlichen Virus“ ein. Auch wenn sich Marx in Einzelheiten geirrt hätte, seien doch aus den Grundlagen des Marxismus zeitgemässe Waffen zu schmieden. Den Klassenkampf aufgeben, Illusionen über die parlamentarische und gewerkschaftliche Arbeit nähren, das bedeute, sich der Bourgeoisie geradezu als Opfer anzudienen.

Es ist gelegentlich gefragt worden – und warum nicht –, ob es der Luxemburg dabei allein um die Sache ging. Oder ob sie nicht auch deutlich auf sich und ihre Feder aufmerksam machen wollte. Nicht weniger interessant ist die weitere Frage, inwieweit, auch durch sie, eine besondere Form zugespitzter „östlicher“ Polemik in die Richtungsstreitigkeiten der deutschen Sozialdemokratie eingedrungen sei. Zu dieser Art von Auseinandersetzung – ob nun bolschewistisch oder jesuitisch genannt – gehört die Methode des Rufmords und die Taktik, dem Gegner zuerst einmal oder überhaupt böse Motive zu unterstellen. Zu wie schrecklichen Verirrungen das führte, ist bekannt. Bei Lenin ist diese Entartung besonders deutlich angelegt, doch man kann ihm nicht anlasten – und Luxemburg schon gar nicht – was daraus unter Stalin geworden ist.

Aber auch solche, die dies zu würdigen wissen, haben die Form ihrer Politik als rechthaberisch oder advokatenhaft kritisiert; von „talmudistischer Spitzfindigkeit in hegelianischem Gewand“ war in Kreisen die Rede, die über den Verdacht antijüdischer Vorurteile erhaben waren. (An Luxemburgs Seite argumentierte in jenen Jahren um die Jahrhundertwende: Der aus Russland stammende, hochbegabte Parteijournalist Alexander Helphand, der sich Parvus nannte. Der wurde kein Opfer der Konterrevolution, sondern hat im Weltkrieg viel Geld mit Versorgungsgeschäften verdient.)

Mit dem Revisionismusstreit wurde auch die Internationale beschäftigt. In Amsterdam 1904 kam es zu einem denkwürdigen Rededuell zwischen August Bebel und Jean Jaurès. Die „Citoyenne Luxemburg“, inhaltlich durchaus nicht auf der Seite des französischen Sozialistenführers, sprang ein, da kein Dolmetscher zur Verfügung stand und übersetzte ihn glänzend – durch stürmischen Beifall bedankt – ins Deutsche. Dies war kein Einzelfall: 1907 in Stuttgart übertrug sie auf einer Massenkundgebung die Rede Emile Vanderveldes, des grossen Belgiers.

Camille Huysmans, dessen Landsmann, sprach von einem Stern, der an den französischen besser als an den deutschen Himmel gepasst hätte. Noch Jahrzehnte später war von ihm zu hören: „Wie schade, dass sie nicht in Frankreich geboren war. Dort hätte sie wirklich Einfluss, namentlich über Jaurès, haben können.“

Die Weltkenntnis und Gewandtheit, die sie den meisten ihrer Genossen voraushatte, hat sie freilich auch in jener Zwischenphase vor mancher groben Fehleinschätzung nicht bewahren können – so zum Beispiel, als sie – 1911 – eine Orientierung in Richtung „Vereinigte Staaten von Europa“ zu „reaktionärem Abfall“ erklärte – europäische Fragen und Interessen würden auf dem Weltmeer und nicht mehr im europäischen Krähwinkel entschieden …

Ganz Ende 1905 hatte sie es in Berlin nicht länger ausgehalten und war – entgegen dem Rat ihrer deutschen Freunde – nach Warschau gefahren; von dort schrieb sie auch Artikel. In der deutschen Rechtspresse forderte man Massnahmen gegen die, wie es hiess, „vaterlandslose Hetzerin“; der Parteivorsitzende selbst verteidigte sie im Reichstag. Doch das war alles Kleinkram – gemessen an dem, was ihr erst noch bevorstand.

Der Warschauer Aufenthalt 1906 hat für ihr politisches Denken einen Einschnitt bedeutet: Sie sprach von den glücklichsten Monaten ihres Lebens. Wichtiger, nicht auf Anhieb richtiger: Sie hielt 1905/06 für den Beginn einer neuen Geschichtsepoche. In einer solchen Lage könne die Arbeiterschaft, gerade auch die in Deutschland, sich nicht auf Wahlkämpfe beschränken; sie sollte sich vielmehr – ohne osteuropäische Erfahrungen unbesehen zu übernehmen – an die Waffe des politischen Massen- und Generalstreiks gewöhnen. Das aber passte damals nicht in die deutsche Landschaft. Die Gewerkschaftsführer hatten ihre eigenen Vorstellungen, zu denen das Instrument des politischen Streiks überhaupt nicht gehörte. Der Parteivorstand wollte die Chance einer ruhigen Entwicklung auch nicht aufs Spiel setzen. In Stuttgart, auf dem erwähnten Kongress, bedauerte Luxemburg, sich gegen Bebel, und nicht nur gegen Georg von Vollmar, den bayrischen Sozialaristokraten, wenden zu müssen: beide hatten sich auf das Mittel des Generalstreiks zur Kriegsverhinderung nicht festlegen lassen wollen.

Einige Jahre später, überschätzte sie die grossen Demonstrationen, auf denen in Preussen die Abschaffung des Dreiklassen-Wahlrechts gefordert wurde. Irrtümlich hielt sie dies für eine vorrevolutionäre Situation, fand sich nun aber in beträchtlicher Nähe zu kämpferischen Reformsozialisten – wie dem bedeutenden Badener Abgeordneten Ludwig Frank, der als Kriegsfreiwilliger fiel und in dem manche einen künftigen Parteiführer gesehen hatten. Die intellektuelle

Verbindungslinie „zwischen Baden und Luxemburg“ blieb Episode. Auch unter den Parteilinken reichte die Phantasie nur weniger, um sich ein Umschlagen von Wahlrechtsdemonstrationen in die soziale Revolution vorstellen zu können.

In diesen Jahren vor Kriegsausbruch geriet die Luxemburg auf immer stärkeren Abstand zum alternden Bebel. Dem schauderte vor dem, was sie sich als „Ermattungs- und Niederwerfungsstrategie“ ausgedacht hatte. Kam hinzu, dass er ihr 1911 nicht nur Indiskretion, sondern auch unehrenhaftes Verhalten vorwarf, weil sie – während der 2. Marokkokrise – Unterlagen, die ihr als Mitglied des Internationalen Sozialistischen Büros zur Verfügung standen, benutzt hatte, um dem deutschen Parteivorstand Leisetreterei und Verniedlichung der Kriegsgefahr vorzuwerfen. Bebel, ein wenig am Punkt vorbei: wenn irgendeine, so habe die deutsche Partei stets ihre Pflicht gegenüber der Internationale erfüllt; wenn man genau hinguckt, war es um nicht viel mehr als darum gegangen, ob eine Sondersitzung stattfinden sollte oder nicht.

Kein Zweifel, dass der Parteipatriarch von der blitzgescheiten, ideensprudelnden jüdischen Genossin nicht wenig beeindruckt gewesen war. Und dass er sie auch dann nicht ganz fallen lassen mochte, als sie ihm mit ihren Auffassungen und Aufgeregtheiten auf die Nerven ging. „Trotz aller Giftmischerei“, schrieb er nach Wien an Adler, möchte er „das Frauenzimmer doch nicht missen“.

Er hatte ihr geholfen, als sie in Polen verhaftet worden und als sie – quasi seiner Order parierend – auf dem Wege über Finnland zurückgekehrt war. Sie hatte sich mit einem auf den Namen Anna Maschke lautenden Pass auf den Weg nach Polen gemacht. Aber mit der Konspiration war es sonst nicht weit her; jede Woche besuchte sie ihre Familie – da war es fast verwunderlich, dass die Polizei erst nach zwei Monaten in ihrer Hotelpension „Gräfin Walewska“ erschien. Um sie freizubekommen, bedurfte es erstens einer Bestechungssumme und zweitens einer Kaution. Alles spricht dafür, dass Verwandte und Freunde für das erste sorgten, während die SPD mit dem zweiten einsprang.

Als sie zurück war, lehnte sie Bebels Vorschlag, ihre Finanzen in Ordnung bringen zu helfen, ab; von der Partei materiell direkt abhängig zu werden, das sagte ihr nicht zu. Aber auf des Vorsitzenden Angebot – durch Kautsky formalisiert – ab Oktober 1907 als Dozentin an der erst kurz zuvor gegründeten Parteischule tätig zu werden, darauf ging sie gern ein. Das war eine Tätigkeit für jeweils sechs Monate, und die Honorierung war gut. Rasch gewann sie den Ruf einer glänzenden Dozentin. So verstand sie es, auch ganz trockenen Stoff mit guten Beispielen aus der ihr vertrauten Literatur lebendig zu machen. „Die beste Lehrerin“,

bekundeten Linke und Rechte gleichermassen. Die eigene wissenschaftliche Produktion schlug sich 1912 in einem Buch über „Akkumulation des Kapitals“ nieder; es galt als eine bedeutende, nicht-konventionelle Arbeit – und wurde deshalb von den Leninisten auf den Index gesetzt.

Bleiben die letzten Jahre, den grössten Teil davon hinter Schloss und Riegel: erst ein Jahr Gefängnis, kurz danach Schutzhaft, zusammen drei Jahre und vier Monate. Zwei kürzere Strafen hatte sie sich schon früher eingehandelt. Erhebliche Aufmerksamkeit erregte der Frankfurter Prozess vom Februar 1914. Die Gefängnisstrafe wurde ihr in erster Linie deswegen zugeteilt, weil sie den deutschen Soldaten geraten hatte, nicht gegen ihre französischen Brüder vorzugehen.

Der Frankfurter Ankläger war leichtfertig genug, ihre Verhaftung wegen Fluchtgefahr zu beantragen. Ihre schneidende Replik: „Herr Staatsanwalt, ich glaube Ihnen, Sie würden fliehen. Ein Sozialdemokrat flieht nicht. Er steht zu seinen Taten und lacht Ihrer Strafen. Und nun verurteilen Sie mich.“ Zu etwa gleicher Zeit wartete ein anderer Prozess auf sie – in Freiburg – weil sie Soldatenmisshandlungen angeprangert hatte. Vor einer öffentlichen Versammlung rief sie aus: „Eine schwere Verbrecherin steht vor Ihnen, eine staatlich Geächtete, eine vom Frankfurter Staatsanwalt als heimatlos bezeichnete Frau“. Was die Heimatlosigkeit angehe – die möchte sie freilich mit dem preussischen Herrn Staatsanwalt nicht tauschen.

Vieles lässt vermuten, dass sie kurz vor dem Krieg – durch die antimilitaristische Agitation, zusätzlich zur Wahlrechtskampagne – einen Höhepunkt ihrer Popularität erreicht hatte. Im Herbst 1914 hat sie – gemeinsam mit Franz Mehring, Karl Liebknecht, Clara Zetkin – auf dem Wege über die „Berner Tagwacht“ international bekannt machen können, dass ihre Haltung zum Krieg von der der SPD eindeutig abweiche. Sie galt dann in eingeweihten Kreisen als das geistige Haupt der Linken in Deutschland, aber unmittelbar konnte sie nicht viel Einfluss nehmen. Dabei waren die Bedingungen der Sicherheitshaft einigermassen erträglich, auf der Festung Wronka in Posen von ihr sogar „gemütlich“ genannt.

In ihren Äusserungen aus dem Gefängnis und der Festungshaft schimpft sie auf die Lauen und meint, sie selbst sei „hart geworden wie geschliffener Stahl“; in Zukunft werde sie weder politisch noch im persönlichen Umgang „auch nur die geringste Konzession machen“. Auf der anderen Seite gibt es die rührendsten Briefe über Blumen und Pflanzen, Vögel und Vierbeiner. Klassisch wurde, aus dem Breslauer Gefängnis, ihr Anruf rumänischer Büffel, die als

Zugtiere benutzt und misshandelt wurden: „Oh, mein armer Büffel, mein armer, geliebter Bruder: wir stehen hier beide ohnmächtig und stumm …“

Das Literarische wird mehr noch als in normalen Zeiten zur permanenten Begleitung. Sie zitiert Gedichte und bestellt viel schöne Literatur: Englisches, Französisches, Russisches. Von den Deutschen, neben Goethe, Conrad Ferdinand Meyer, Hebbel, Kellermann, Gerhart Hauptmann. Im „Weibergefängnis“ Barnimstrasse bittet sie um Homer, auf der Posener Festung um die französische Bibel, Candide, Kiplings Dschungelbücher. Auch übersetzt sie die Autobiographie eines russischen Schriftstellers und verwendet viel Mühe darauf, dass es ein schöner, deutscher Text wird.

Wir kennen das Ende, das sie mit 48 Jahre – parallel zu Liebknecht – ereilte: viehisch ermordet, der Leichnam in einen Kanal geworfen. Bis zuletzt war sie schreibend tätig gewesen und dabei voller Sorge, zumal um das Blutvergiessen, mit dem Schluss zu machen, jedoch über ihre Kräfte ging. Ihre Sehnsüchte finden sich wieder in dem, was sie einer sie über Jahre rührend betreuenden Freundin sagte: „Ich möchte malen und auf einem Fleckchen Erde leben, wo ich Tiere füttern und sie lieben kann. Ich möchte Naturwissenschaften studieren, aber vor allem friedlich für mich allein leben können, nicht in dieser ewigen Hetzjagd.“ Und in ähnlicher Stimmung an Sonja, Karl Liebknechts zweite Frau, russisch-jüdischer Herkunft: In einem Stückchen Garten oder auf einem Feld fühle sie sich mehr zuhause, als auf einem Parteitag; die Adressatin möge, bitte, hierin nicht gleich Verrat am Sozialismus wittern.

Ich kann mir schwer vorstellen, dass sie sich, wäre ihr der gewaltsame Tod erspart geblieben, von aktiver Politik zurückgezogen hätte (und etwa hoch angesehene Professorin geworden wäre). Die Möglichkeit einer Rückkehr zur sozialdemokratischen Mutterkirche will auch nicht recht einleuchten. Immerhin, ihr Freund Paul Levi ist diesen Weg gegangen: erst war er Vorsitzender der führungsverwaisten jungen KPD, dann musste er ausscheiden, weil er von dem 1921 in Mitteldeutschland praktizierten Putschismus Abstand nahm. Der hatte sie in den beiden grossen Prozessen vor Kriegsausbruch verteidigt. Sie standen einander nahe – wie nahe, wurde erst vor wenigen Jahren durch einige Dutzend Briefe bekannt, die von Levi-Verwandten in Amerika aufbewahrt worden waren. Auch hier war mit der engen Freundschaft eine Zusammenarbeit verbunden, die bis in ihre letzten Tage andauerte.

Aber eigentlich war sie ja wohl seit ihrer Rückkehr aus dem Gefängnis eine Tote auf Urlaub. Dort im Gefängnis, waren die Komponenten ihrer reichen

Persönlichkeit so stark hervorgetreten, dass es in der kurz bemessenen, höchst problematischen Zeit nicht erreicht oder gar überboten werden konnte: die Einsiedlerin und die Denkerin, die an der Literatur und Naturwissenschaften leidenschaftlich Interessierte – und, bei allem, in und über allem, die tragische Gestalt einer leidenschaftlichen europäischen Revolutionärin.

SCHRIFTENREIHE DER BUNDES-KANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Heft 1
Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8

Heft 2
Politik für Berlin – Willy Brandt 1957–1966
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6

Heft 3
Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4

Heft 4
Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus
Vortrag am 22. April 1999 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2

Heft 5
Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0

Heft 6
Das Willy Brandt-Bild in Deutschland und Polen
Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9

Heft 7
Perspektiven aus den Exiljahren
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7

Heft 8
Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?
Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

Heft 9
Horst Ehmke: Reformpolitik und „Zivilgesellschaft"
Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3

Heft 10
Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und die deutsch-amerikanischen Beziehungen
Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

Heft 11
Peter Glotz: Willy Brandts Charisma
Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5

Heft 12
Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt – Anmerkungen zu einem Freund (dt.-griech.)
Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3

Heft 13
Hans Arnold: Willy Brandt und Europa
Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1

Heft 14
Willy-Brandt-Gespräch 2006: „Mehr Demokratie wagen" (1969) – „Mehr Freiheit wagen" (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft im Umbruch?
Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X

Heft 15
Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt
Berlin 2008, ISBN 3-933090-14-8

Heft 16
Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation
Berlin 2008, ISBN 3-933090-15-6

Heft 17
Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemeinsame Zeit. Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Egon Bahr
Berlin 2009, ISBN 3-933090-16-4

Heft 18
Robert B. Zoellick: Deutschland und der „ferne Horizont" (Willy Brandt Lecture 2008)
Berlin 2009, ISBN 3-933090-17-2

Heft 19
Peter Merseburger: Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche Einheit
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-18-0

Heft 20
Willy-Brandt-Gespräch 2009: Bürger und Politik – zunehmend auf Distanz? Zustand und Zukunft unserer Demokratie nach 60 Jahren Grundgesetz und 20 Jahre nach der friedlichen Revolution
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-19-5

Heft 21
Erhard Eppler: Finanzkrise, Klimakrise und Staatszerfall. Was wird aus der Einen Welt?
(Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009)
Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-20-1

Heft 22
Mohammed ElBaradei: Der Weg in eine sicherere Welt (Willy Brandt Lecture 2009)
Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-21-8

Heft 23
Wolfgang Huber: Verschieden und doch gleich. Integration und Menschenbild
(Willy Brandt Lecture 2010)
Berlin 2011, ISBN 978-3-933090-22-5

Heft 24
Geert Mak: „Das erstarrte Europa" – Ursachen und Auswege
(Willy Brandt Lecture 2011)
Berlin 2012, ISBN 978-3-933090-23-2

Heft 25
Willy Brandt: „Das Überleben sichern" – die Einleitung zum Nord-Süd-Bericht mit einer Einführung von Dirk Messner
Berlin 2013, ISBN 978-3-933090-24-9

Heft 26
Wolfgang Schmidt: Aus historischer Verantwortung, moralischer Verpflichtung und politischer Überzeugung. Wie sich Bundeskanzler Willy Brandt um Israel und den Frieden im Nahen Osten bemühte
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-25-6

Heft 27
Willy Brandt – Stimmen zum 100. Geburtstag
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-26-3

Heft 28
Corine Defrance/ Ulrich Pfeil/ Andreas Wilkens (Hrsg.): Willy Brandt – un projet pour l'Allemagne
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-27-0

Heft 29
„… auf 'ne gute Zukunft für die soziale Demokratie …". Das Treffen von Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt mit führenden Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 10. November 1989 in Ost-Berlin. Eine Dokumentation mit einem Vorwort von Hans-Jochen Vogel und einer Einleitung von Wolfgang Schmidt
Berlin 2014, ISBN 978-3-933090-28-7

Heft 30
Jan Eliasson: Eine Welt in Aufruhr und Wandel: Herausforderungen an die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten
(Willy Brandt Lecture 2014)
Berlin 2015, ISBN 978-3-933090-29-4

Heft 31
Fritz Stern: Freiheit und Exil – Heinrich Heines Welt und die Unsere
(Willy Brandt Lecture 2015)
Berlin 2016, ISBN 978-3-933090-30-0

Heft 32
Federica Mogherini: Wir müssen zusammenstehen – die Europäische Union in schwierigen Zeiten
(Willy Brandt Lecture 2016)
Berlin 2017, ISBN 978-3-933090-31-7

Heft 33
Frank-Walter Steinmeier
(Willy-Brandt-Rede Lübeck 2018)
Berlin 2019, ISBN 978-3-933090-32-4

Heft 34
Ulrich Schöler: Gegen Ebert, für Luxemburg? Willy Brandts Urteil über die Novemberrevolution
(Vortrag gehalten am 16. Januar 2019 im Forum Willy Brandt Berlin)
Berlin 2019, ISBN 978-3-933090-33-1

Die PDF-Dateien der Hefte können von der Homepage der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter willy-brandt.de heruntergeladen werden.

WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von **Helga Grebing**, **Gregor Schöllgen** und **Heinrich August Winkler**

Band 1
Hitler ist nicht Deutschland. Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928–1940, bearbeitet von **Einhart Lorenz**
Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2
Zwei Vaterländer. Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940–1947, bearbeitet von **Einhart Lorenz**
Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

Band 3
Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947–1966, bearbeitet von **Siegfried Heimann**
Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

Band 4
Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947–1972, bearbeitet von **Daniela Münkel**
Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

Band 5
Die Partei der Freiheit. Willy Brandt und die SPD 1972–1992, bearbeitet von **Karsten Rudolph**
Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

Band 6
Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974, bearbeitet von **Frank Fischer**
Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

Band 7
Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974, bearbeitet von **Wolther von Kieseritzky**
Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

Band 8
Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, bearbeitet von **Bernd Rother** und **Wolfgang Schmidt**
Bonn 2006, ISBN 3-8012-0308-5

Band 9
Die Entspannung unzerstörbar machen. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982, bearbeitet von **Frank Fischer**
Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

Band 10
Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992, bearbeitet von **Uwe Mai, Bernd Rother** und **Wolfgang Schmidt**
Bonn 2009, ISBN 3-8012-0310-7

Die PDF-Dateien der zehn Bände können von der Homepage der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.willy-brandt.de heruntergeladen werden.

WILLY-BRANDT-STUDIEN

Band 1
Daniel F. Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90
Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

Band 2
Robin M. Allers: Besondere Beziehungen. Deutschland, Norwegen und Europa in der Ära Brandt (1966–1974)
Bonn 2009, ISBN 978-3-8012-0382-5

Band 3
Andreas Wilkens (Hrsg.): Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung
Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0392-4

Band 4
Friedhelm Boll/ Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.): Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen
Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0407-5

Band 5
Bernd Rother (Hrsg.): Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse
Bonn 2011, ISBN 978-3-8012-0414-3

WILLY-BRANDT-DOKUMENTE

Band 1
Willy Brandt: Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946, bearbeitet von **Einhart Lorenz**
Bonn (2. Aufl.) 2008, ISBN 978-3-8012-0380-1

Band 2
Willy Brandt: Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte, herausgegeben und eingeleitet von **Klaus Schönhoven**
Bonn 2012, ISBN 978-3-8012-0426-6

Band 3
Willy Brandt / Helmut Schmidt: Partner und Rivalen. Der Briefwechsel (1958–1992), herausgegeben und eingeleitet von **Meik Woyke**
Bonn 2015, ISBN 978-3-8012-0445-7

Band 4
Willy Brandt: Die Kriegsziele der Großmächte und das neue Europa, herausgegeben, übersetzt und eingeleitet von **Einhart Lorenz**
Bonn 2018, ISBN 978-3-8012-0535-5

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.willy-brandt.de verwiesen.

BILDNACHWEIS

Porträt Reichspräsident Friedrich Ebert.
Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte: Cover, S. 8
Porträt Rosa Luxemburg. Bundesarchiv (SAPMO): Cover, S. 8
Brandenburger Tor, Novemberrevolution. Bundesarchiv: S. 12
Beerdigung Rosa Luxemburg, Berlin. Bundesarchiv: S. 16
Willy Brandt auf SPD-Parteitag in Nürnberg. J. H. Darchinger/FES: S. 22

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Schöler, Ulrich: Gegen Ebert, für Luxemburg? Willy Brandts Urteil über die Novemberrevolution
(Vortrag gehalten am 16. Januar 2019 im Forum Willy Brandt Berlin)
[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].
1. Aufl. – Berlin: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2019
(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; H. 34)
ISBN 978-3-933090-33-1

www.willy-brandt.de

ISSN 1434-6176
ISBN 978-3-933090-33-1
www.willy-brandt.de

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d.ö.R.
Wilhelmstraße 43
D-10117 Berlin